



## Der deutsche Osten an die deutsche Saar.

Zur Abhaltung am 13. Januar hatte der deutsche Osten der Volksgruppen in der Saar ein Schlußfaktenbündnis und Treue geschworen. Der VVO, hatte folgende Grüße gesandt:

Die Bevölkerung Ostpreußens, eingedenk ihres überwältigenden Abstammungsieges im Jahre 1920, entbietet in enger Verbundenheit mit 13. Januar 1935 den Brüdern an der Saar treudeutsche Grüße. Wir wissen, daß das Saarvolk an seinem Schicksalstage fest zu Führer und Reich stehen wird.

VVO Landesgruppe Ostpreußen.

VVA Landesgruppe Ostpreußen.

Dr. Oberländer.

Immer hat es sich wieder herausgestellt, daß sich die Anklage in ihrer Behauptung, daß ein militärischer Aufstand beabsichtigt gewesen sei, ausschließlich auf mehr oder weniger phantastische Gerüchte gestützt hat, die in hundert Variationen das Memelland durchdringen und die Köpfe der litauischen Politiker und Justizbeamten verirrten. Immer wieder hat es sich bei der Vernehmung der Angeklagten gezeigt, daß leichtsinnige und aus der Luft gegriffene Äußerungen ganz unmaßgeblicher Leute dazu geführt haben, daß sich bei manchen litauischen Stellen die fixe Idee von einem geplanten Einmarsch der SA festgesetzt hat. Es gibt immer und überall Leute, die „das Gras wachsen hören“, denen es Spott macht, mit „Dingen, von denen sie keine Ahnung haben, zu rekonstruieren und „liebe Nachbarn“ mit irgendeiner „Prognose ins Hochschorn zu legen.“ Daß die emigrierten Exzellenzen der Litauer aus solchen belanglosen Willkürlichkeiten hereinfallen konnten, spricht nicht für die Sauberkeit ihres politischen Gewissens. Ein Angeklagter hat dem Gericht auf die Frage, ob er etwas von einem geplanten Einmarsch der SA gehört habe, die durchaus passende Antwort gegeben: Er habe wohl von solchen Gerüchten gehört; aber er habe auch davon gehört, daß die litauischen roten Kurlaren demnächst nach Königsberg marschieren werden. Er habe das eine Gerücht für ebenso lächerlich wie das andere gehalten.

Wie schon gesagt, ist die Tatsache, das eine ganze Anzahl von Angeklagten bei ihren Vernehmungen durch die Polizei und den Untersuchungsrichter besaßen Aussagen gemacht haben, darauf zurückzuführen, daß sie von den noch bestehenden litauischen Beamten in dem Handel und bedroht worden sind. Vor Gericht haben sie sich dieses ersten Geständnisses widersetzt und, soweit sie vom Vorsitzenden daran nicht gebindert wurden, die Folterungen, denen sie ausgesetzt waren, beschrieben. Neben zahlreichen anderen erklärte z. B. der Angeklagte Gutschkeff Horen, daß er gegen die in seiner Arbeit der Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter Protest einlegen müsse. Obwohl er dem Untersuchungsrichter ein ärztliches Attest über sein Krankenleiden vorgelegt habe, sei er von diesem mit Standgericht und Erschießens bedroht worden, wenn er sich weigere, die gewünschten Aussagen zu machen. Durch die gegen ihn erwiderten falschen Beschuldigungen sei nicht nur er selbst zusammengebrochen, sondern die seelische Depression habe seinen Vater zu Selbstmord getrieben und sei durch die unglückseligen Umstände seines Lebens, die finanzielle Schikane mit wirtschaftlich ruinierter, sein Grundbesitz habe nur der Zwangsverwertung. Der Angeklagte Gottschalk sagt aus: Er wurde in Gegenwart des Untersuchungsrichters zweimal von Polizeibeamten zu Boden geschlagen. Der Angeklagte Lepa berichtet: Bei der Untersuchung sei er gefesselt worden, und er habe auch mit gefesselten Händen das Protokoll unterschreiben müssen. Wiederholt seien von Untersuchungsrichter Drohungen gegen ihn ausgesprochen worden. Der Angeklagte Jakschak erklärt: Seine Aussagen in der Voruntersuchung haben den unglückseligen Verhandlungen ergeben, daß er ein „Schwachsinniger“ aus der Bevölkerung sei, wobei vor Gericht als seine „Selbstmitleid“ aus der Voruntersuchung: Er sei gefesselt und mit Erschießens bedroht worden; der Staatsanwalt habe ihm auf seine Weigerung über die erlittenen Mißhandlungen erklärt: „Sie haben noch zu wenig bekommen.“ Als der Vorsitzende des Gerichtes ihn fragte, woher er die Phantasien habe, die er mit der Voruntersuchung ausgesagt habe, antwortete er: „Die sind unter der Polizei eingeschlagen worden. Ich habe die Angeklagten über die Mißhandlungen nicht verlangt wurde.“ Ähnliche Beschuldigungen über die Mißhandlungen durch die anderen Angeklagten vor Gericht. Dieses hält es nicht für nötig, auf die Beschwerden der Angeklagten einzugehen. Wenn einer der Beschuldigten eingehender berichten oder einer der Verteidiger bestimmte Einzelheiten über die an den Angeklagten gemachten Mißhandlungen feststellen wollten, wird ihm vom Vorsitzenden kurzweg das Wort entzogen.

Man kann auf Grund der Anklageschrift und der Vernehmungen der Angeklagten wahrhaftig nicht feststellen, daß für die litauischen Be-

Der Bund Deutscher Osten und im Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände zusammengeschlossenen Verbände der heimatreuen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesier gedenken am 13. Januar ihrer Brüder an der Saar und sind gewiß, daß nach dem Siege in Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien auch die letzte der dem deutschen Volke durch die Pariser Vorortverträge auferlegten Abstimmlungen ein treues Bekenntnis zum Führer und zum Reich sein wird.

Bund Deutscher Osten.

Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände.

Dr. Oberländer.

hauptungen über die staatsfeindlichen Umtriebe der deutschen Parteien irgendeine stichhaltigen Beweise vorliegen. Um so vermerkwürdiger ist es, was alles in der ausländischen Presse, nicht nur in der litauischen Presse über den Verlauf des Rauner Prozesses veröffentlicht worden ist. Wahre Schauermärchen von gerechtem Mänonen mit Schützengräben, Mäglichungswesen und dergleichen werden in dieser Presse verbreitet. Man greift aber sofort, wie so etwas möglich ist, wenn man weiß, daß es kaum ein Blatt in England, Frankreich, in der Schweiz und in den anderen Ländern gibt, das seine eigenen Berichtstatter zum Prozeß nach Raunen geschickt hat. Soll ausnahmslos lassen sich alle diese Blätter durch selbstlose oder litauische, in Raunen anständige Berichtstatter vertreten. Daß das stillesche Reportergefindel und die schamloseste Antiforenstencie wenig Wert auf unabhängige Berichtstatter legen, daß es ihnen nur darauf ankommt, ihrem Hoß gegen Deutschland Luft zu machen, kann man sich denken. Für diese Journale ist der Rauner Prozeß eine einzigartige Gelegenheit, in großem Stil gegen das nationale sozialistische Deutschland zu hetzen. Selbst die nationalsozialistische Deutschland zu hetzen. Selbst die Wiener Syllabistiker und auch die hiesigen litauischen Zeitungen der Schweiz haben es fertiggebracht, sich Juden und Litauer als Prozeßberichtstatter zu verschreiben. Die litauische Regierung hat allen Grund, mit diesen Helfershelfern ihrer Politik zufrieden zu sein.

Wie sie aber mit den Journalisten umgeht, die ihre Berufspflicht wirklich ernst nehmen, wie sie sich an bequemen neuen literarischen und politischen Rechtmitteln Sir Alexander Comente, der im vergangenen Jahre die Einbrüche seines Aufenthalts im Memelgebiet in einer den Vertretern der Signaturmächte überreichten Denkschrift niedergelegt hatte. Sir Comente hat den Auftrag übernommen, im Namen der Angeklagten den Verlauf des Prozesses zu beobachten. Nach dem Londoner „Times“ wurden ihm und ebenso dem englischen Reichsamt Morris beim Aufenthalt in Litauen wiederholt Schwierigkeiten gemacht. Doch hat Litauen die gegen beide erlassenen Ausweisungsbefehle auf Intervention des britischen Gesandten in Raunen wieder zurücknehmen müssen. Dieses australische Journalist Sir Comente Prozeßes scheinen die Litauern im höchsten Maße unangenehm zu sein. Sie haben allen Grund, sich von niemandem in die Karten leben zu lassen.

### Neuer Terror im Memelgebiet.

Während in Raunen der Memelprozeß stattfindet, geht der Terror im Memelgebiet unbehört weiter. Der Untersuchungsrichter in Schaulen hat die Mitglieder des gewaltsam abgesetzten Direktors Schreiber am 5. Januar unter Anklage gestellt. Über Dr. Schreiber selbst und die Landesdirektoren Wegelin und Siegius wurde die Polizeiverhaftung verhängt. Sie dürfen ihren Wohnort nicht verlassen. Altem Ansehen der Mitglieder des abgesetzten Direktors Schreiber mit der Ernennung des memelländischen Schulreferenten zusammen. Der Gouverneur des Memelgebietes hatte Anfang Februar 1934 einen Angler aus Großlitauen herbeigeholt und diesen mit der Aufsicht über sämtliche memelländische Schulen betraut. Dieser Schulreferent nahm für sich das Recht in Anspruch, die Schulen des autonomen Memelgebietes ohne Kenntnis der autonomen Behörden des Memelgebietes zu revidieren. Daraufhin hatte das Direktorat Schreiber eine Verfügung erlassen, nach der die Lehrer angewiesen wurden, gegen den Zutritt in die Schulen des Memelgebietes nur mit Genehmigung des Direktors zu gestatten. Die Memelgebiete nur im Interesse der Wahrung der autonomen Rechte dazu verpflichtet, sich gegen das hatunbedingte Vorgehen des Gouverneurs zu wenden. Die jetzt ergriffenen Maßnahmen gegen das Direktorat Schreiber zeigen, daß man litauischerseits im Rahmen des im Memelgebiet ausübten Territoriums gegen alle diejenigen Stellen auf Grund des sogenannten Staatsstufengesetzes vorgeht, die es wagen, die dem Memelgebiet international verliehenen Rechte zu verteidigen.

## Die nordische Rasse in Polen.

In einem längeren Aufsatz, der in der „Prager Presse“, dem deutschsprachigen Agitationsblatt des österreichischen Außenministers, erschienen ist, hat sich der bekannte polnische Historiker, Prof. Dr. Jan Szyk, an die Veranlassung der Frage der russischen Zusammenfassung des polnischen Volkes befaßt. Czekanowski, der sich in vorstehenden größeren Arbeiten bemühmt hat, den nordischen Charakter des polnischen Volkes nachzuweisen (das er übrigens in sehr „stöchiometrischer“ Weise der Bevölkerung Polens gleichjähig pflegt), stellt in dem erwähnten Artikel über die russischen Unterjochung zwischen den frühbaltischen Ostgermanen und dem Rest des nordischen Völkerelementes nicht das Wesen heraus, daß der Anteil des nordischen Völkerelementes nicht das Wesen des anthropologischen Unterschiedes zwischen diesen ethnischen Gruppen ausmacht. Die frühbaltischen Slamen sind nicht weniger nordisch als die Nordgermanen. Das Wesen des Unterschiedes besteht darin, daß bei den Germanen neben der nordischen Komponente die mediterrane die Hauptrolle spielt, bei den frühbaltischen Slamen kommt dagegen als wichtigste Beimischung die lapponische (alpine oder sibirische) Rasse in Frage. Ferner konnte man nachweisen, führt Czekanowski fort, daß sich die alten Westgermanen von den Nordgermanen durch das Überwiegen des mediterranen Rassenelementes unterscheiden, während die Nordgermanen ebenso nordisch wie die Slamen sind. Schließlich konnte man nachweisen, daß die anthropologische Zusammenfassung der alten Westgermanen (so bei den Angelfrisen bis auf die Gegenwart erhalten hat, während die Deutschen jetzt den Slamen sehr nahe kommen. Sehr wichtig ist dabei die Feststellung, daß die Germanen ursprünglich eine den Nordgermanen sehr ähnliche anthropologische Zusammenfassung gehabt haben müssen, die sich zunächst infolge des Zusammenlebens mit dem Slamen und später mit iranischen Stämmenkreis nicht des Schwarzen Meeres veränderte hat. Um Götze dieser Art, so führt Czekanowski, „müßte der genetische Zusammenhang des alten polnischen Staates der frühbaltischen Zeit mit dem Osterreich südlich der Ostsee sehr wahrscheinlich.“

Diese Feststellungen des polnischen Gelehrten sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Im Gegensatz zu der in Polen heute noch üblichen „Methode, von einer „polnischen Rasse“ im Gegensatz zu einer „deutschen Rasse“ zu sprechen, einer Methode, die auch manche Kreise in Deutschland noch immer nicht abgelegt haben, vertritt Czekanowski den Standpunkt, auf dem die deutsche Volks- und Rassenforschung aufbaut, daß nämlich Volk und Rasse Begriffe sind, die sich in der Tat voneinander trennen lassen müssen, daß die Völker Europas wesentlich aus denselben Rassen-Elementen, nur in anderem Mischungsverhältnis bestehen. Worauf Czekanowski in seinen Veröffentlichungen besonderen Wert zu legen scheint, ist dies, die nordische Rassenkomponente im deutschen Volk als möglichst klein, im polnischen Volk (so, in der Bevölkerung Polens) als möglichst groß erscheinen zu lassen, morans er dann die praktische Anwendung für seine vielfach „Volksgeossen zu geben pflegt, daß die Deutschen sich je mehr auf ihren besonders nordischen Charakter einbilden brauchten, da die Polen je zum mindesten ebenso nordisch, wenn nicht gar noch nordischer wären. Czekanowski hat mit seinen Bemühungen, das Selbstbewußtsein seiner Volksgeossen auf diese Weise zu heben, bisher allerdings nur wenig Erfolg gehabt.

Die oben zitierten Sätze aus Czekanowskis Artikel führen einige Widersprüche zu enthalten. Einmal sagt er: die alten Slamen sind nicht weniger nordisch als die Nordgermanen gewesen, und dann: die Ostgermanen hätten ursprünglich eine den Nordgermanen sehr ähnliche anthropologische Zusammenfassung gehabt, die sich zunächst infolge des Zusammenlebens mit dem Slamen „verändert hat“. Demnach hat sich der ursprünglich jebr stark nor-

dische Charakter der Ostgermanen durch die Veränderung mit den Slamen also vermehrt, sind die Ostgermanen durch diese Veränderung ostlicher, die Slamen aber nordischer geworden. Es befaßt Czekanowski schließlich auch in seinem Schlußsatz, dessen Inhalt eine bemerkenswerte Korrektur der Lehren der polnischen „Prähistoriker“ darstellt, die das germanische Element der vorgeschichtlichen Zeit am liebsten aus dem Ober- und Weichsland hinwegdisputieren möchten. Czekanowski stellt es nämlich als sehr mehrschichtig ein, daß die Germanen der alten polnischen Staates der frühbaltischen Zeit mit einigen zum Teil aus dem Nordkommen, je nach germanischen Stammesverhältnisse, die in der Zeit der Weichslandniederung ihre alten Sitze im Ober-Weichsland nicht verlassen, sondern sich mit den längere Zeit nach dem Abzug des Großteils ihrer Stammesgeossen langsam einwandernden slawischen Menschen vermischen haben. Offenbar ist das Aufgehen dieser zurückgebliebenen Ostgermanen im Slamentum für dessen weitere Zusammenfassung auch nach Czekanowskis Auffassung nicht ohne Bedeutung gewesen.

Übrigens ist Czekanowski im Verlauf seiner Forschungen häufiger zu der Feststellung gelangt, daß der germanische, bzw. der deutsche Einfluß die nordische Rassenkomponente des polnischen Volkes in auffälliger Weise verdeckt hat. Auf ein Beispiel sei in diesem Zusammenhange vermieden. In mittleren Galizien gibt es einen polnischen Volksstamm, der noch heute seinen Wohnort als „Guchoniemy“ (u. a. „Walddeutsch“) bezeichnet und dessen Volksstamm an die Siebenbürger Sachsen erinnern. Es handelt sich hier um die Nachkommen der mittelalterlichen deutschen Kolonisten, die im 13. und 14. Jahrhundert in weiten Teilen Galiziens stärker vertreten waren als die Menschen polnischen Stammes, ja bestimmte Vorkreise völlig eingebuddelt hatten. Das polnische geographische Lexikon berichtet hierüber: „Die ganze Vorkreislandschaft vom Sanoker Siedlungsland bis nach Gortice (= Gortitz), Symbark (= Schönbürg) und Dlinno (= Dissen) wurde durch Sachsen kolonisiert, und noch heute nennt das Volk diese Gegend „Polnischensiedlung“. Czekanowski hat mit diesem polnischen Volksstamm, der der Hauptklasse aus polonisiertem Deutschen besteht, den anthropologischen Gesichtspunkt der Beschäftigung über die deutsche Kolonisation des 13. und 14. Jahrhunderts, die in Kleinpolen (Galizien) schonmäßig stark erfolgte“, u. a. folgendes gesagt: „Mit ihren Einwirkungen können die Rasse der mehr langschädlichen Bevölkerung zusammenhängen, die von den südlichen Nebenflüssen der oberen Weichsel tief ins Territorium unseres kurlisch-baltischen Ostteilgebietes des mitteleuropäischen alpinen Völkerelementes, Cypis vorkommt.“ Czekanowski meint hier auf darauf hin, mit die deutsche Kolonisation des Mittelalters das russische Bild des polnischen Volkes mit der Tendenz zum Nordischen verändert hat. „Was für dieses Gebiet der „Walddeutschen“, das gilt wohl in ähnlichem Maße für die anderen deutschen Kolonisationsgebiete im mittelalterlichen Polen, — das um so mehr, als die Träger dieser Kolonisation größtenteils aus den Gebieten Deutschlands stammten, die noch heute den stärksten nordischen Einschlag aufweisen. Wenn man bedenkt, daß weite Teile Polens, nicht nur Polens und Danzigers, sondern vor allem auch Galiziens und selbst Ostpolens im 13. und 14. und noch im 15. Jahrhundert stark und — wie neueste Forschungen seiner mehr erhellend — überwiegend von deutschen „Menschen“ besiedelt waren, die später im Polentum aufgingen, so ist die nordische Blutzufuhr, die das „Polen“ im Laufe der Jahrhunderte von Deutschland her erhalten hat, gewiß nicht gering einzuschätzen.“

## Der Ausbau der Danzig-polnischen Beziehungen.

Es war von vornherein damit zu rechnen, daß die polnische Presse aller Schattierungen einen Wechsel auf dem Polten des Danziger Senatspräsidenten dazu benutzen werde, um sich über die Danziger „Altpolitik“ zu beklagen. Gleichgültig, wer Kaufmanns Ratsholder werde, der neue Mann mußte in jedem Falle mit dem lebhaftesten Mißtrauen und den verschiedensten Verdächtigungen von polnischer Seite her rechnen. Wenn Artur Greiser, als er die Wahlfolge der Kaufmanns Ratsholder wurde, so gelang das von polnischer Seite weniger aus sachlichen, als aus ideologischen Gründen, aus der einfachen Überzeugung heraus, daß man es dem neuen Senatspräsidenten nicht möglich schwer machen müsse, seine lokale und friedliche Einstellung zu Polen zu beweisen, weil dann vielleicht um so größere Vorteile für Polen aus diesem innerdanziger Vorgange herauszuspringen könnten. Der neue Senatspräsident hat unter diesen Umständen das einzig Richtige getan. Er ist am 7.-8. Januar nach Warschau gefahren, um mit der polnischen Regierung selbst Sühnung zu nehmen, wie es J. S. auch sein Amtsvorgänger getan hatte, als er der

Danzig-polnischen Annäherung dadurch den entscheidenden Anstoß gab, daß er sich, übrigens in Begleitung Greisers, der damals Vizepräsident des Senates war, in „die Höhle des Löwen“ begab.

Senatspräsident Greiser, in dessen Begleitung sich Wirtschaftslenator Hudt und Hauptmann der Landespolizei Kalle befanden, kennzeichnete in einer mehr erhellend, dem er die Begrüßungsansprache des polnischen Ministerpräsidenten Kojoniki begrüßte, den Zweck seines Besuches mit folgenden Worten: „Was Vertreter des Danziger Senates wiederum nach Warschau gekommen seien, so deshalb, um einerseits die Danzig-polnischen Beziehungen zu vertiefen, und um andererseits entgegen allen in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten entstandenen Gerüchten und irrigem Meinungen herorzurufen, daß die nationalsozialistische Regierung es auch weiterhin als ihre vornehmste Pflicht und Aufgabe anzu sehen wird, unter Betonung des deutschen Charakters der Freien Stadt die beide Teile interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen in direkter Ausprache einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Und vor der Warschauer Presse erklärte der Senatspräsident u. a.: Es ist hinsichtlich der Regelung der Danzig-polnischen Beziehungen noch nicht

alles erreicht, was erreicht werden könnte. Es sei noch vieles zu tun. Der Verehrtheit der Regierungen müsse sich auch die Verehrtheit der Bevölkerungen angeschlossen. Daß Danzig ein Staat mit deutscher Bevölkerung ist, werde von niemandem in Europa bestritten. Staat sei nicht immer Nation. Danzigs Staat beherberge keine Danziger Nation, sondern jene Bevölkerung fühle sich als geistige Einheit mit dem großen deutschen Volk, als Teil der deutschen Nation. Senatspräsident Greifer und Begleiter wurden auch von Marschall Piłsudski empfangen. Vor der Presse hat Greifer hervor, die Danziger habe in ihm die Überzeugung gefestigt, daß in der selbsthändigen Arbeit des Marschalls die beste Voraussetzung für eine dauerhafte und wahrhaftige Verständigung gegeben ist. Und in Bezug auf seine Besprechungen mit dem polnischen Außenminister erklärte der Senatspräsident: Es sei erfreulich, daß heute ein offenes Wort solchbarer Art bester Erfolge verspreche, als jener Entfall des schlüpfrigen Parkettes, der über ein Jahrzehnt vorgeherrschte habe. Zwischen Oberst Beck und ihm sei in dieser Hinsicht ein absolutes Einverständnis vorhanden.

Von Danziger Seite wurde durch den Staatsbesuch in Warschau, der mit einem Empfang durch den polnischen Staatspräsidenten Mościcki auf dem Jagdschloß Spala seinen Abschluß fand, der unanveränderte Wille zu einem geordneten Zusammenleben mit Polen einseitig bekundet. Von einem Teil der polnischen Presse ist das nun auch anerkannt worden. Aber selbst dieser verständige Keil der die öffentliche Meinung Polens repräsentierenden Blätter konnte es nicht unterlassen, auch jetzt noch mancherlei Vorbehalte zu machen, die mit größerer oder geringerer Deutlichkeit durchblicken ließen, daß sie unter der Verständigung zwischen Danzig und Polen letzten Endes die völlige Unterordnung Danzigs unter Polen verstünden. Auch dieser verständigere Keil der polnischen Presse konnte den Augen nicht entgehen, daß sich alle auf eine richtige Erkenntnis der Lage in der sich das deutsche Danzig befindet, und in einem hinreichenden Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der freien Stadt noch nicht durchbringen können. Nicht umsonst hat Senatspräsident Greifer in seinen Warschauer Erklärungen immer wieder den deutschen Charakter und die nationale Bindung des Danziger Freistaates an Deutschland den polnischen Verurteilungen entgegengestellt, das nationale Element durch die Herüberkehrung geographischer und wirtschaftlicher Schwerpunktke in den Hinterland zu schaffen, die wirtschaftliche Einheit des deutschen Charakters der freien Stadt war und ist für Danzig die unerlässliche Voraussetzung jeder Zusammenarbeit mit dem benachbarten Polen. Wenn man das auf polnischer Seite nicht einsehen will und Danzig das selbstherrliche Recht auf völlige Selbstbestimmung bestritt, wenn die polnische Presse auf jede Regung des völkischen Willens der Danziger gegenüber unzulässigen und unbegründeten Poloniersmaßnahmen und -absichten mit so albernem Redensarten wie „Sugenergeißel“ und ähnlichem Geschwätz reagiert, dann ist allerdings nichts zu machen, es sei gelinde, was möglich ist, Verträge und Abmachungen hinaus, einer in der Öffentlichkeit beider Staaten verwurzelten, wirklichen Verständigung zu gelangen. Vorerst ist die Feststellung des „Danziger Vorpostens“, daß man in Polen offensichtlich noch sehr weit von einem Begreifen der nationalsozialistischen Haltung in den Weltkämpfen entfernt sei, durchaus begründet.

Von Danziger Seite ist nicht beabsichtigt, von der seit Mitte letzten Jahres erfolgten Eindeutigkeit der Zusammenarbeit mit Polen abzuweichen. Im Gegenteil: Man denkt daran, die Beziehungen noch zu vertiefen und die Lücken und Mängel, die in dem bisher aufgerichteten Vertragswerk noch bestehen, auszufüllen. Solche Mängel können z. B. in der Praxis der Ausführung des Hafensatzabkommens im noch festgelegt werden. Es trifft zu, daß die Beziehungen im Danziger Hafen im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Hafensatzabkommens nicht unbedeutlich zugenommen hat. Aber trotzdem sind zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Bestimmungen des Hafensatzabkommens Widersprüche vorhanden. Im Abkommen waren dem Danziger Hafen nicht nur bestimmte Mindestumsätze für eine ganze Reihe von Warengruppen zugesagt worden, sondern es war auch festgesetzt worden, daß der Danziger Hafen an einer Steigerung des seewärtigen polnischen Außenhandels zu gleichen Teilen mit Gdingen beteiligt werden soll. Diese und auch eine Reihe anderer Bestimmungen sind von Polen nicht eingehalten worden. Denn der Umsatz im Danziger Hafen ist im vergangenen Jahre erheblich über alle im Danziger Hafen festgesetzten. Der Anteil Gdingens am gesamten seewärtigen Außenhandel Polens beträgt über 7,2 Mill. Tonnen, der Danziger Anteil nur 6,1 Mill. Tonnen. Über das Verhältnis Danzig-Gdingen hat sich Kommerzialrat W. Sieg-Danzig in der „Deutschen Schiffahrtzeitung“ u. a. folgendenmaßen geäußert: „Besonders ins Gewicht fällt, daß in Gdingen der größte Keil der wertvollsten Waren umgeschlagen wird, während in Danzig der Hauptverkehr auf den Export von Rohlen fällt; diese sind in der Hauptsache auch in Danzig verladen. Die überflüssigen Rohlenkonverne überall im Auslande ihre eigenen Vertriebsnetze haben, durch die sie die Rohlen direkt verkaufen, so daß Danzig lediglich der kleine Verdienst aus dem Umschlag verbleibt.“

Eine Reihe von Artikeln ist jetzt fast ausschließlich in der Einfuhr von Gdingen zu verzeichnen, wie z. B. Schrott, Süßfrüchte, Kaffee, Reis und andere Kolonial-

waren, Baumwolle, Wolle, Seife, etc. Man rechnet, daß im Jahre 1934 ca. 60—70.000 Tonnen Baumwolle zum großen Teil direkt aus den Produktionsländern nach Gdingen eingeführt worden sind, bekanntlich zum Nachteile Bremens, von wo aus in früheren Zeiten die polnischen Anbaufrüchte hauptsächlich verschifft wurden. Man hofft sogar, aus Gdingen einen Baumwollspinnerei zu machen und von dort aus nicht nur Polen, sondern auch die übrigen Verbrauchsländer an der Ostsee zu versorgen.

Im Export kommt jetzt bereits eine ganze Anzahl Waren fast ausschließlich von Gdingen zur Ausfuhr z. B. Zucker, in welchem Artikel Danzig in früheren Zeiten eine Ausfuhr von 200.000—300.000 Tonnen hatte, Eisen- und Zinkprodukte aus Oberfranken, Raffinerie- und chemische Produkte, und selbst Holz geht jetzt in großen Quantitäten über Gdingen, wo besonders die Staatliche Polnische Großvermahlung große Holzlagerplätze eingerichtet hat. Der Danziger Holzexport, der früher sehr bedeutend war, geht naturgemäß hierdurch zurück, obwohl immerhin noch recht erhebliche Mengen auch im Jahre 1934 in Danzig zur Verschiffung gelangten. In der Hauptsache ist nur der Getreideexport bisher in Danzig vertrieben, weil in Gdingen bislang die nötigen Speicher und Silos fehlten, doch wird beabsichtigt, demnächst auch dort Silos zu bauen.

Der Vertrag vom August 1933 ist kürzlich wieder auf ein Jahr zwischen Danzig und Polen erneuert worden, so daß wenigstens das bisherige Geschäft in allem Umfang im Danziger Hafen verbleiben wird; aber, wie schon vorher erwähnt, ist es in der Hauptsache Speisegut, das zum Export gelangt, während das Propegegeschäft von Jahr zu Jahr in der Einfuhr wie in der Ausfuhr zurückgeht.

Dazu kommt noch, daß dem Danziger Handel die verschiedentlich Art und von polnischen Stellen Schwierigkeiten bereitet werden. So nimmt z. B., wie sich dem Jahresbericht des Vereins Danziger Handelsvertreter entnehmen läßt, die Erledigung der Formalitäten für die Einfuhrbegünstigung von Waren, die nur mit Zustimmung der Warschauer Zentralinstanz eingeführt werden dürfen, ungebührlich lange Zeit in Anspruch. Auch bis zwölf Wochen sind dafür erforderlich, während der Handel höchstens drei Wochen warten kann, wenn ein reibungsloser Geschäftsvorkehr erzielt werden soll. Besonders der Kolonialwarenhandel Danzigs wird durch die Konkurrenz Gdingens schwer gefährdet. Die von den polnischen Stellen erwartete oder verlangte Einfuhrbegünstigung der Danziger Waren muß gruppieren, von Geschäft, die sonst hätten getätigt werden können, wieder zurücktreten. Bestimmte Luxusartikel der Genussmittelbranche und Zinkoxide sind in Danzig infolge der Sonderbarren Handhabung der Einfuhrbestimmungen seitens der Warschauer Zentralinstanz überhaupt nicht zu haben. Auf wichtige Ersatzteile für deutsche und englische Maschinen müssen die Danziger Betriebe aus demselben Grunde oft endlos lange warten, wodurch ihre Arbeit naturgemäß nicht selten erheblich beeinträchtigt wird. Sie verschiedene Warengruppen, wie z. B. für Weine und Spirituosen, für Drogen und Chemikalien usw. haben sich die dem Danziger Handel und von polnischer Seite gewährten Kontingente aus viel zu niedrig erwiesen. Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, daß in der Normalisierung der danzig-polnischen Beziehungen auf völkischen Gebiete noch viel zu tun übrig bleibt und daß die polnische Seite bisher noch vielfach das notwendige loyale Entgegenkommen dem Danziger Handel gegenüber vermissen läßt.

Senatspräsident Greifer gab vor der Danziger Presse, die er vor seiner Abreise zur Völkerversammlung in Genf zu sich gebeten hatte, der Überzeugung Ausdruck, daß die polnische Regierung die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Danzig wünsche und die Methoden der Streife ablehne, die durch Zollschleife und künstliche Schwierigkeiten noch immer die praktischen Auswirkungen des Danzig-polnischen Ausgleichs zu behindern versuchen. Die Schwierigkeiten, die sich für die Danziger Wirtschaft bei der Durchführung des Abkommens über die Einfuhrkontingente (von denen vorstehend die Rede war) ergeben hätten, habe er in seiner Verhandlung mit dem Ministerpräsidenten Piłsudski zur Sprache gebracht. Konkrete Maßnahmen des Bestehens einer Benachteiligung Danzigs und einer Bevorzugung Gdingens bei der Erteilung der Einfuhrbegünstigungen nicht unbekannt gewesen ist, habe ausdrücklich erklärt, daß die polnische Regierung eine solche Praxis der Warschauer Stellen nicht wünsche. Wenn die Handhabung durch untergeordnete Stellen dieser Auffassung nicht entsprechen habe, so werde die polnische Regierung bei diesen Stellen dahin wirken, daß der Anspruch Danzigs auf gleiche Behandlung auch in der Praxis durchgeführt werde. Senatspräsident Greifer wird in Genf Gdingenbildern und Außenminister Oberst Beck noch verschiedene Danzig und Polen angehende Einzelfragen zu besprechen.

# WINTERSPORT IN SCHLESSEN

# Die Posener Polen beschweren sich.

Der Warschauer Zentralismus hat sich in der „Provinz“ viel Feinde gemacht. Zu den Unbeliebtesten, die sich von Warschau besonders zurückgezogen fühlen, gehören die ehemals deutschen Gebiete Polens und die russischen. Bestimmte Momente treffen hier zusammen, die es einerseits Warschau ungeheuer erhaschen lassen, diese Gebiete möglichst wenig zu Worte kommen zu lassen, und die andererseits die Bewohner dieser Wojewodschaften gegen den Zentralismus der Warschauer besonders empfindlich machen. Die Posener und Pommerellen, bis hin zu ihrem kulturellen und sozial

höherem Niveau mit einiger Verachtung auf die „Kongressländer“ herab. Zu den hilflos und ethnographisch begründeten Unbeliebtesten tritt noch die Tatsache hinzu, daß gerade in diesen Gebieten die Veränderungen eintrifft. Die Nationaldemokratie ihre meisten Anhänger besitzt. Demgegenüber steht Warschau dazu, in den Posener und Pommerellen Polen nicht vollwertige Volksgenossen und parteipolitische Gegner zu sehen. Der Unfriede mit der demnachteiligen der Westgebiete durch Warschau hat der Rechtsmacht Dr. Witold Jeske kürzlich in einem Artikel des „Dziennik Pomorski“ Ausdruck verliehen. Es ist zu beobachten, daß Jeske nicht etwa ein Nationaldemokrat, sondern der Vorstehende der Posener Wojewodschaftsabteilung des Regierungsbüros ist. Er schreibt u. a.:

„Bei uns herrscht Unfriede mit darüber, daß man im Staatsdienst fall keine Worte sagt, die aus dem Munde der Redakteure in Versammlungen, schreibt Briefe und Denkschriften und man trägt schon an, sich darüber in öffentlichen Sitzungen zu beklagen. Die Tatsache läßt sich nicht leugnen, daß keinesfalls weder in der Regierung noch in den Zentralbehörden, weder in den staatlichen noch halbstaatlichen Institutionen, weder als Wojewoden noch auf einem anderen höheren Posten der nationalen Bevölkerung heute a. Vertreter der polnischen Gebiete zu befinden. Wir haben von Vertretern, einen polnischen Senator, einige Konsuln, einige Ministerialräte, einen polnischen Staatsrat, einige Stabschefen, einige Wojewodschaftsräte, einige Stabschefen — und damit ist der Liste erschöpft. Lediglich im Gerichtswesen ist in der letzten Zeit ein erfreulicher Zuwachs von örtlichen Kräften zu verzeichnen. Mittlere Weichte gibt es verhältnismäßig wenig, etwas mehr Unterbeamte, und zwar ausschließlich in den örtlichen Ämtern; in den anderen Teilen des Staates findet man sie überhaupt nicht. Dies hindert unsere Kräfte, deren Aufklärung mit Recht von der Volksgemeinschaft gefordert wird.“

Jeske zitiert dann eine Denkschrift über die Frage, in der es u. a. heißt: „Die hiesigen Bürger, die im Jahre 1918 und in den folgenden Jahren mit eigenen Kräften das Joch der Unfreiheit abgeworfen und die selbständige politische Existenz wiedererlangt haben, deren tapferes Heroi um die Befreiung Somers herbeigewirkt war und dann in den Jahren 1919 und 1920 zur Verwirklichung der selbständigen Armee beigetragen und ruhmreiche Siege errungen hat, — müssen heute, 16 Jahre nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit, in der hiesigen Provinz (Polen) leben, das heißt, in der letzten Zeit, bei der Bestimmung von Stellen Staatsverwaltung und territorialen Selbstverwaltung von der Arbeit im Staatsdienst beiseite geschoben werden. Verhältnis zu dem zahlenmäßigen Stande der Bevölkerung wie die Einwohner des ehemals preussischen Teilgebiets 15 Prozent in der Staatsverwaltung, d. h. etwa 68 000 Stellen von insgesamt 450 000 Beamten einschließlic, des bei der Staatsbahn besetzungs Personal entfallen.“

„Besonders fällt es auf“, fährt Jeske dann fort, „daß Institutionen wie der Bank Polki, der Landwirtschaftsbank, der Bank der Arbeiter, der W. R. O., bei den verschiedenen Abteilungen in Warschau liegt, die Zentralbehörden sind die Verteilung der Stellen den kardinalen Kompetenzen durchaus entsprechende tragen, in den Abteilungen oder Expedituren in der Provinz zu beschließen, die das Gebiet und die Bevölkerung des betreffenden Bezirks kennen. Der Bürokratismus und die zentralen Kräfte sind stärker als dieser primitive rationale Grundstock der Willkür Unzufriedenheit über diesen Sachzustand ist allgemein nicht allein bei uns, sondern in allen Wojewodschaften uns ist es, was so gerechtfertigt, als es arbeitslosen Bankbeamten und Angestellten mit hohen Fähigkeiten zur Übernahme von Stellen in den Versicherungsanstalten gleichen Taps eine beunruhigend gibt, während man bis jetzt örtliche Kräfte in diesen Institutionen nicht sieht. Wenn man in Warschau mit den entsprechenden Stellenbesetzungen über diese Mängel spricht, so fühlt man heraus, in dem die aufrechte Antwort besteht, die gerechten regionalen Kräfte zu berücksichtigen. An der Ausführung aber werden die durch die Bürokratie irrendem unterwegs juristisch gemacht. Es ist eine Kontrolle über die Bürokratie kann ein wirksames Gegenmittel sein. Und daher müßte sie laut bis zum Erfolg gefordert werden.“

# Celichowski über den polnischen Zustand in Polen.

Am 16. Jahrestage des polnischen Aufstandes in Polen hielt Dr. Stanislaw Celichowski eine Gedenkrede, in der er sich in s. E. recht interessanter Weise mit der Vorbereitung der Aufstandsbewegung im Polensden befaßte. Man muß es dem Vortragenden, der selber an leitender Stelle am Aufstand beteiligt gewesen war, zugute halten, wenn er kein und seiner Gefinnungsgenossen damalige Arbeit eher zu hoch als zu niedrig einschätzte und wenn er mehrfach behauptet, alle Polen in den ehemals preussischen Gebieten wären derselben Ansicht gewesen wie der Kreis der nationaldemokratischen Parteiführer, in deren Händen sich am Ende des Krieges die Fäden der politischen Intrigen und dann des bewaffneten Aufstandes vereinten. Es liegen genügend polnische Auslöser darüber vor, wie uneinig und verfahren, wie unzufrieden und alles andere als selbstbewußt die polnische Führung im Polensden noch nach dem Ausbruch der Novemberrevolte war, wie wenig sie auch damals noch den eigenen Kräften vertraute und wie groß ihre Furcht auch noch vor dem unangenehmsten Deutschland war. Wenn aus den Intrigen einer Geheimorganisation ein Aufstand werden konnte, dann deshalb, weil „auf deutscher Seite keine Führung da war, weil das Reich in den Krämpfen der roten Revolte lag, weil in Berlin Juden und Marxisten die Fäden der beiden politischen Intrigen und auf seine „regierten“, weil jeder Vimmel auf Preussensseite, die sich in Ämter Sohle spielen durfte, weil von Verbessern, die selber die Bräule in den Händen hatten, was noch dazu laßen, selber die Bewegung zum bewaffneten Aufstand entfalten konnte. Wenn Celichowski den polnischen Zustand im Polensden als „die unvermeidliche Folge und die Krönung der nationalen Arbeit der polnischen Bevölkerung unter preussischer Herrschaft“ bezeichnet, so hätte er hinzuzufügen müssen, daß diese Krönung nur möglich war, weil an maßgebender Stelle auf der Gegenseite keine Kräfte da waren, sie zu verhindern.

Celichowski befaßt sich darüber, daß „die Geschichte der (polnischen) nationalen Bewegung im preussischen Teilgebiets“ schon der heutigen Generation bekannt sei, daß die Bedeutung dieser Bewegung besonders von den Polen in den russischen und österreichischen Teilgebieten des heutigen polnischen Staates in der Regel zu gering eingeschätzt werde und man dort dazu neige, in der Bewegung der preussischen Polen weniger eine nationale, als eine wirtschaftliche Angelegenheit zu erblicken. Dieser Vorwurf Celichowski richtet sich unangefochten gegen die Ideologie der Ersten Brigade, gegen die traditionelle Erzählung, mit der die

Männer von Pilsudski den Beitrag beurteilen, den die Nationalkräften zur Wiedererrichtung eines selbständigen polnischen Staates geleistet haben. Die Posener Polensbewegung und der Posener Aufstand aber sind nationaldemokratischen Ursprungs gewesen. Erste Brigade vermischt in der Politik Demokratie und seiner Anhänger — nicht mit Unrecht — Parole, von der sie selber immer beherrschter Alles oder nichts! Gegen diese Zurückbildung mens Celichowski gibt einen Rückblick auf die systematische Erziehungs- und Organisationsarbeit, die in dem preussischen Teilgebiet an der dortigen polnischen Bevölkerung von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an geleistet worden ist. Er geht auf die Tätigkeit Karl Marcinkowskis, der — übrigens mit moralischer Unterstützung der preussischen Regierung — die Lage eines polnischen Mittelstandes, einer polnischen Intelligenz in Warschau gelegt hat, und der später eine nationale Führung hervorgerufen konnte. Er verweist auf die Arbeit der „Gesellschaft für Unterstützung wissenschaftlicher Studienarbeit“ und der „Gesellschaft für die Förderung der polnischen Kultur“ und die Bedeutung polnischen Genossenschaftswesens unter dem Druck „Polnische Entlassung des „Verbandes der katholischen Arbeitervereine“, „Polnischen Berufsverbandes“, der Verbände der polnischen Intelligenz, Industriellen usw. Er gebaukt weiter der polnischen Intelligenz in den Wohlfahrtsvereinen und im „Straj“, den Verbänden, der kulturellen Verbänden und der Presse. Und dann er fort:

„Ich stelle fest, daß das ehemalige preussische Teilgebiet vor dem Ausbruch des Weltkrieges der Art eines Staates organisiert worden war. Die Organisations- und staatlichen Elemente sind vorhanden. Die bei uns eben in einem anderen Teil existierende Unabhängigkeitsbewegung fand also ihren Ausdruck in unmittelbaren Vorbereitungen zum bewaffneten Kampfe, in der Schaffung ihrer materiellen und psychischen Voraussetzungen für den Fall einer günstigen Konjunktur. Vor allem aber sollte das nationale Leben in Form geformt werden, die möglichst an staatliche Formen angelehnt waren und in der Zeit der Rückbildung an solche Anlehnung wie die Staatlichkeit geben konnten. Das sind die Aufgaben der Arbeit aber war die nationale Erziehung aller S

„In dieser Organisationsarbeit überkam das preußische Teilgebiet der Weltkrieg. Sein Ausbruch wurde von uns als ein von unseren großen Männern vorausgesehener geschichtlicher Zusammenstoß empfunden, aus dem ein unabhängiges Polen hervorgehen mußte. Der Stuland der Organisation war in diesem Moment jedoch nicht reif genug, um sofort ein bemessenes Auftritte zu erlauben, obgleich in den Massen die Stimmung hierfür vorhanden war (?). Man rechnete auf einen historischen Sieg der Alliierten. Als die Niederlage Frankreichs und Russlands die Hoffnungen verlor, kamen schwere Tage gedrückter Stimmung. Die Hoffnung jedoch auf eine schließlich günstige Wendung der Anspannung der Kräfte der gesamten Welt erlosch nicht und war lebendig in den geheimen konspirativen Kreisen. (Es muß festgestellt werden, daß das nicht die Auffassung und Stimmung der breiten Schichten der polnischen Bevölkerung in Polen, noch viel weniger in Westpreußen und überhaupt nicht in Oberschlesien, sondern das Denken und Empfinden einer kleinen, aber sehr in sich geschlossen, willensstarken Führerschaft war, des „Olland“). Der polnische Soldat, der mangelsweise für eine fremde Sache kämpfte, hörte in den Schützengräben nicht auf, seinen Traum von Macht und Freiheit zu träumen. (Zur Ehre der damals an der Front stehenden Polener Polen muß gesagt werden, daß sie im großen ganzen ihre Pflicht als Soldaten getan haben, und zwar aus ihrer persönlichen Gewinnung heraus, die nur teilweise von den verlebenden Elementen der polnischen „Intelligenz“ überhört werden konnte.) Als dann die deutsche Front an der Marne zusammenbrach, so lebten sofort mit aller Kraft die Hoffnungen wieder auf. Bereits im September 1918 begann das geheime Wiedereingehen in Polen den kommenden Staat in geheimen zu organisieren und stützte sich dabei auf die bisherigen organisatorischen Erfahrungen. Die kommenden Leiter der Verwaltung wurden für alle Zweige bis zu den untersten Graden, wie den Kreiskommissaren, den Post- und Stationsvorstehern, den Bürgermeistern usw., ernannt. Auch wurden die Vorbereitungen der bevorstehenden Übernahme der Gewalt für den Fall der Zurückziehung der geschlagenen preußischen Truppen getroffen.“

„Die Novemberrevolution in Deutschland gab der Sache zunächst eine andere Wendung. Die politisch und organisatorisch vorbereitete polnische Bevölkerung verlor sofort die große Gelegenheit zur Organisation des kommenden unabhängigen Staates wahrzunehmen. Die Weigerung der Arbeiter- und Soldatenräte gab die Möglichkeit, unter dieser Form politische Elemente in die preußische Verwaltung einzuführen, und zwar als entscheidendes Element. Allmählich entstanden wirkliche staatliche Formen, wenn man auch zunächst die Oberhoheit des Deutschen Reiches noch anerkannte. Parallel hiermit entstanden die Volksräte, entstand der Oberke der Volksrat, fand am 3. Dezember der Provinziallandtag in Posen mit dem Gedanken der Übernahme der Gewalt von den Arbeiter- und Soldatenräten in rein nationalem Sinne statt. Auch war man beiß an der Arbeit, die kommenden Räder der bevorstehenden Macht aufzubauen. Zum Teil wurden hierzu die Soldatenräte benutzt, um gebekt durch sie, reguläre Truppen aufzustellen. So entstanden die Kompanien von Rumik, Schwida und Jaroschin u. a. mehr. Außerdem wurde die Volkswacht eingerichtet. Die polnische Freiesozialisten des ehemaligen preußischen Geliebtegebiets registrierte offiziell die künftigen Streitkräfte.“

„Als der 27. Dezember 1918 nahte, war die Vorkriegsbevölkerung des ehemaligen preußischen Geliebtegebiets bereits in die Formen tatsächlicher Staatlichkeit übergeführt. Der schwache Joden nur noch formaler Oberhoheit des Deutschen Reiches trennte das preußische Geliebtegebiets von völliger Unabhängigkeit. Als am 27. Dezember 1918 der Abgeordnete des polnischen Nationalkomitees in Paris, das von den Alliierten offiziell als Vertretung des polnischen Staates anerkannt war, in Genöve eintraf, so rief auch dieser Saben. Großpolen sollte sich frei und unabhängig ... Der großpolnische Aufstand,“ so schloß Lechowski seinen Vortrag, nachdem er vorher noch einmal zu seiner Verühigung das deutsche Volk angepöbelte hatte, „ist also das Resultat der Arbeit von Generationen, das Resultat der Bestrebungen, die auf Karl Marzinkowski zurückgehen und die Gewinnung der dem polnischen Volke antwprechenden staatlichen Formen zum Ziele hatten.“

## Stland-Chronik.

### Der deutsch-polnische Handel 1934.

Wachsende Übersicht über die Entwicklung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres (in 1000 Tlot):

Monat	Einfuhr aus Deutschland	Ausfuhr nach Deutschland
Januar	6 682	11 703
Februar	6 365	13 060
März	8 100	17 763
April	8 258	13 855
Mai	8 657	13 077
Juni	9 441	12 889
Juli	10 253	16 127
August	10 755	12 833
September	10 989	9 239
Oktober	10 017	13 595
November	9 716	14 222
1—XI	99 434	147 663

Die polnische Ausfuhr nach Deutschland ist danach nur in einem Monat (September) geringer als die Einfuhr aus Deutschland gewesen. Es zeigt sich, daß die deutsche Ausfuhr nach Polen nach Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsfriedens im März 1934 langsam und beständig anwachsend ist, jedoch nur bis September. Im letzten Quartal ist wieder ein Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Polen zu verzeichnen. Die polnische Ausfuhr nach Deutschland weist stärkere Schwankungen auf. Sie ist, da sie großenteils aus Agrarerezeugnissen besteht, in hohem Maße saisonsgebunden. Wenn von polnischer Seite unter Hinweis auf den Monat September „schädliche Auswirkungen“ des deutsch-polnischen Wirtschaftsfriedens auf die polnische Ausfuhr nach Deutschland festgestellt worden sind, so trifft diese Feststellung keineswegs zu. Polen hat aus dem Märzabkommen erhebliche Vorteile gezogen. Seine Ausfuhr nach Deutschland hätte sich ohne das Abkommen viel wahrscheinlich nicht auf der Höhe gehalten, die sie heute noch tatsächlich einnimmt. In den Monaten Februar und März hat der polnische Ausfuhrüberschuß mehr als 100 v. H., im Monat November fast 50 v. H. betragen. Die deutsche Ausfuhr nach Polen hat in den ersten elf Monaten 1934 nur knapp 100 Mill. Tlot, die polnische Ausfuhr nach Deutschland dagegen fast 148 Mill. Tlot betragen. Auch den Angaben der polnischen Handelsstatistik über den letztjährigen deutsch-polnischen Warenverkehr (wenn man sich nicht im Monat Dezember die Entschleunigung der Vermoente fortgesetzt hat mit einem etwa 50prozentigen Ausfuhrüberschuß für Polen, Man kann also kaum sagen, daß Polen Grund hat, sich über die Entwicklung seines Handels mit Deutschland nach dem Märzabkommen zu beklagen.

### Förderung der deutschen Ausfuhr durch Prämienzahlungen polnischer Exporteure.

Wie die Deutsche Handelskammer für Polen, Berlin W 37 (Dorotheenstraße 11), mittelt, begegnet die Ausfuhr deutscher Waren nach Polen innerhalb des Kompensationsabkommens teilsweise Schwierigkeiten, da die deutschen Exporteure preislich gegenüber Lieferanten aus anderen Ländern, welche durch Zollernsichtigung oder Valutaverluste begünstigt sind, nicht konkurrieren können. Auf der anderen Seite sind die polnischen Exporteure stark daran interessiert, daß die Einfuhr deutscher Waren im Rahmen des Kompensationsabkommens ebenfalls hinter der Ausfuhr polnischer Erzeugnisse nach Deutschland noch erheblich zurückgeblieben ist, nach Möglichkeit beschleunigt und gesteigert wird. Denn nur auf diesem Wege besteht für die polnischen Exporteure die Aussicht, bald eine Bezahlung für ihre Ausfuhrleistungen zu erhalten. Es ist in letzter Zeit zu beobachten, daß die polnischen Exporteure sich durch Prämienzahlung an die polnischen Importeure bemühen, die Einfuhr deutscher Waren nach Polen zu fördern. Da die polnischen Exporteure in Deutschland für die in Betracht kommenden agrarischen Erzeugnisse erheblich höhere Preise als in Polen oder auch auf anderen außereuropäischen Märkten erhalten, sind sie auch größtenteils zu nicht unerheblichen Prämienzahlungen durchaus in der Lage. Es ist zu hoffen, daß hierdurch die Durchführung einer Reihe von Geschäftsabschlüssen, welche sonst unterbleiben müßten, ermöglicht wird.

### Deutsch-polnische Filmbesetzungen.

Seit längerer Zeit fanden in Berlin und Warschau Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Filmindustrie statt. Diese Verhandlungen haben nun infolge von einem günstigen Ergebnis, geführt, als auf der Grundlag der Genöve seitigen, der deutsch-polnische Filmaustausch gefördert werden soll. Die ersten deutsch-polnischen Konflikte sind von der Warschauer Jenfurebewegung bereits freigegeben worden. Es handelt sich um den Chopinfilm, „Mädchen in Uniform“, „Beronika“ und zwei Sitta-Alpar-Filme (1). Deutscherseits soll demnächst der erste polnische Confilm („Burok Jucia“ — „Das Urteil des Lebens“) in einem Berliner Ufa-Theater aufgeführt werden. Und zwar sollen die polnischen Filme in Deutschbesetzung in polnischer (1) Sprache, sonst in deutscher Sprache zur Aufführung gelangen.

### Die deutschen Kreisagrärer in Polen.

Am 6. Januar fand — ein Zeichen der deutsch-polnischen Entspannung — die erste deutsche Pilgerfahrt zu den deutschen Soldatengräbern in Konragspolen in den Zwei Sonderzüge, der eine von Weuten, der andere aus der Oppolner Gegend kommende, traf am 20ten von Zwölfen in Eschenstou

ein. Die Teilnehmer der Pilgerfahrt wurden dort von den polnischen Behörden und Offizieren der Garnison empfangen. An der Platte des „Danziger Tageblatt“ wurde der Pilgerzug von einem polnischen Geistlichen in deutscher Sprache begrüßt, und den deutschen Botschafter wurde bei jeder Gelegenheit erzählt, daß König Johann Sobieski sich hier, beim Bilde der Schwarzen Muttergottes, „die Siegerkraft für die Befreiung Wiens von den Türken erhielt“ habe. Einer der mit den Pilgern gekommenen Geistlichen hielt in der Silbernen Kapelle, in der das Bild von Gold und Edelsteinen überleuchtet, von den Polen als wunderbar beschrieb. Marcinelli hielt, das Hochamt. Anschließend fanden sich die deutschen Gäste auf dem St.-Kochus-Platz ein. Es erschienen zusammen, um etwa 200 deutsche Soldaten in Einparader und eine größere Zahl in einem Massengard trugen. Ein polnischer Geistlicher hielt dort in deutscher Sprache eine Gedenkrede für die Toten. Der Chopinische Trauermarsch und das Lied vom guten Kameraden wurde von einer polnischen Militärkapelle gespielt. In der kleinen Friedhofskirche sprach dann noch Divisionsprediger I. R. Konstantin Maier-Gleimig, der namens des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge eine Bitte an die polnische Regierung vorbrachte. Die Fürsorge für die deutschen Gräber in Polen wird durch den Vertrag von Versailles nicht Deutschland, sondern den anderen Mächten zugestanden werden. Deutschland wolle aber nicht beiseite stehen in der Betreuung der Gräber seiner in fremder Erde liegenden Soldaten. So sei es dem Volksbund gelungen, mit Frankreich und Belgien zu einer fröhlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Der Volksbund reiche Pläne ein und beteilige sich mit seinem Mitteln am Ausbau der deutschen Gräberstätten in jenen Ländern. Hoffentlich komme auch bald eine Veränderung mit Polen zustande, daß der Volksbund an der Ausgestaltung und Ausführung des Beschlusses der deutschen Kriegsgräberfürsorge im Gebiet des polnischen Staates mitwirken könne. Solche Zusammenarbeit diene dem hohen Menschheitsziel der Herbeiführung des Friedens. Das deutsche Volk wolle Frieden.

#### Blad 14 Jahren.

Im Jahre 1921 wurde der deutsche evangelischen Gemeinde in Genufiofa (Kreis Konin, Kongregation) von der Weibede das Schulhaus mit drei Morgen Land weggenommen. Die einlässige deutsche Schule wurde damals in eine polnisch-polnische umgewandelt. Ein Jahr darauf wurde in der Koniniger Kirchen die Restaurierung gefunden, die den Deutschen das Recht des rechtmäßigen Besitz der Schule und des Landes befähigte. Zahlung der Steuern der deutschen Kolonisten um ihren Besitz. Erst jetzt, nach fast 14 Jahren kamen sie zu ihrem Recht. Sie erhielten Land und Schulhaus zurück, sowie 1500 Zloty Aufschubzahlung und Erstattung der ihnen entstandenen Gerichtskosten. Die deutsche evangelische Gemeinde hat ihr Eigentum wieder in Besitz genommen. Ob sie nun auch die Genehmigung erhalten wird, die deutsche Schule wieder zu eröffnen?

#### Ehrung eines polnischen Deutschen.

Dem aus Stuttgart gebürtigen Herrern Wilfried Kemp wurde von der theologischen Fakultät der Königsberger Universität die Würde eines Honorarprofessors der Theologie ehrenhalber verliehen. Herr Kemp ist seit längere Zeit der evangelischen Deutschen Anstalten in Stanislaw, Galizien, und Mitarbeiter des Leiters der Deutschen in Galizien, D. Theodor Fickler.

#### Das „Danziger Tageblatt“.

Am 31. Dezember 1934 hat das „Danziger Tageblatt“ sein Erscheinen eingestellt. Das Blatt erschien im 49. Jahrgang im Verlag O. Effermann G. m. b. H. in Elfa. Es hat seine Besitzer, deren Zahl einmal diejenige des „Danziger Tageblattes“ übertraf, an dieses Blatt und die mit diesem Blatt verbundenen „Deutsche Tageszeitung“ in Polen“ abgeben müssen.

#### „Danziger Tageblatt“ stellt sein Erscheinen ein.

Das seit einigen Monaten herausgegebene „Danziger Tageblatt“ hat am 6. Januar sein Erscheinen eingestellt. Das „Tageblatt“ war der Nachfolger der deutschnationalen „Danziger Allgemeinen Zeitung“ und der zentralistischen „Danziger Landeszeitung“. Die Leitung des Blattes lag in den Händen von Dr. Fricklein, dem früheren Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und letztem Herausgeber der „Deutschen Zukunft“, Hauptchriftsteller war der Zentrumsdirektor Hans von Malottki. Es ist dem Blatt nicht gelungen in Danzig Fuß zu fassen und (mit etwa 2000 Abonnenten) eine Auflagezahl zu erreichen, die ihm seine wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu gewissen außerordentlichen Freuden hätte ermöglichen können. Das Blatt brachte in seiner letzten Nummer u. a. die etwas unklar behaltene Mitteilung, daß es sein Erscheinen wegen „unvorhergesehener Umstände, die außerhalb unserer wirtschaftlichen Verantwortung liegen“, habe einstellen müssen. Das amtliche Organ der NSDAP, „Der Danziger Beobachter“, spricht in einem längeren Artikel, in dem er sich mit dem Verschwinden des „Tageblattes“ befaßt, davon, daß die wirtschaftliche Basis des Blattes nicht aus vorgerücktem Alter, sondern aus Subventionen von außerhalb bestanden habe und daß gewisse Pläne, die feinerweise zu dieser Zeitungsgründung geführt hätten, mit der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Zeit binfälliger

geworden wären. Die weitere Bemerkung des „Beobachters“, daß das „Tageblatt“ sich „dem Rationalsozialismus an derartig verpflichtete fühlte“, dürfte angelehnt der Tatsache, daß zur Leitung dieses Blattes ein Mann gehörte, der sich im Reich als Hauptchriftsteller einer Tageszeitung nicht behaupten konnte, ebenso berechtigt sein, wie die Feststellung, daß das Blatt sich bemühte, „gemässenen Komplexen Vorwurf zu leisten, die jene Leute gegen den Rationalsozialismus haben, die gemäßigten — vielleicht etwas verzerrten — Reaktionen genannt werden.“ Das „Danziger Tageblatt“ hatte sich erlaubt, „aus besonders außerordentlichen Redaktionen“ zu bestehen. Die Ziele des Rationalsozialismus und des Kremls, die im Rationalsozialismus eine Innere und ihrem intellektuellen Weltanschauungsbildnis unbecommene Entwicklung zu erblicken pflegen, kann man nicht leugnen. Das in Danzig ein unbedingtes Bedürfnis für die Herausgabe eines solchen Blattes vorlag. Und wenn das „Tageblatt“ kloot, daß mit seinem Verschwinden, eine Chance der zeitigen Vernehmung in der Bekämpfung der Gegner des den Deutschen und den Polen, daß dieses Blatt es im allgemeinen verläßt hat, seine zeitliche Vernehmung in der Bekämpfung der Gegner des den Deutschen und Danziger Staat tragenden Rationalsozialismus zu beweisen.

#### Wechsel in der Danziger Generalintendantur.

Mit Ablauf der gegenwärtigen Spielzeit wird Erich Orthmann aus der Leitung des Danziger Staatstheaters niedertreten. An seine Stelle tritt der Generalintendant der Joppoter Waldoper, Hermann Metz. Unter dessen Leitung hat sich die Joppoter Waldoper zu einer Wagner-Festbühne entwickelt, die neben Bayreuth ihren wohlberühmtesten Ruf genießt. Metz der aus Nürnberg stammt, sich vor dem Kriege als erfolgreicher Schauspieler bemüht hatte und kriegsverletzt aus dem Feld heimkehrte, war, kom 1921 als Oberintendant an das Danziger Staatstheater. Später übernahm er die Leitung der Joppoter Waldoper. Daneben leitete er auch die Marienburgspiele.

#### Polnischer Literaturpreis für Deutschentum.

Den polnischen Staatspreis für Literatur erhielt die Dichterin Kazimiera Ilikowicz. Frau Ilikowicz ist 1892 in Krakau geboren worden. Indirekte in Wilna. Sie führt den Titel eines Ministerialrats im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und löst dem Büro vor. Das die „Prinzenkorrespondenz des Marshalls Dillubski“ erlobt. Als Kritiker ist Frau Ilikowicz in Polen außerordentlich achtung. Ferner machte sie sich aber auch einen Namen durch ihr Eintreten für die deutsche Literatur in Polen. Von ihr kommen u. a. die Übersetzungen des „Wallenstein“ und des „D. Esch“ in die polnische Sprache herüber. Sie wurde im vergangenen Jahre zum Mitglied der polnischen Literaturakademie ernannt, hat jedoch bisher diese Würde nicht angenommen.

#### Polnische Osmarkensulage.

Man erinnert sich noch, mit welchem Eifer die polnische Propaganda früher die preußische Osmarkensulage bekämpfte, sie als einen Beweis für den mangelnden deutschen Charakter der preussischen Osmarkensulage und ihre demokratische Wirkung abgelehnt hat. Auch jetzt gehört diese einer durchaus liberalisierenden-mittelständischen Denkart entsprechende Osmarkensulage, die im Namen stehen der Deutschen heute mehr geschätzt als je zuvor hat, zu den händlichen Osmarkensulagen der polnischen Propagandakampagne. Sie ist sich mit der Vertikalsulage in den preussischen Osmarkensulagen befaßt. Um so erschwärter muß es anmuten, daß die Polen nun selber dazu überreden wollen, für die Beamten ihrer Osmarkensulagen eine dem vergrößerten preussischen Vorbild nach entsprechende Gehaltszulage zu schaffen. Nach dem „Kulturroman Kurier Czestochowa“ wird im Warschauer Finanzministerium diese Frage ausgemittelt geprüft. Die polnischen Beamtenverbände haben Zulaufen für jene Beamten verlangt, die im W. m. a. in den Osmarkensulagen in Wolhynien und Galizien Dienst tun. Die Zulagen sollen je nach Gehaltsstufe und Ortsklasse 10 bis 20 v. H. des Gehaltes betragen. Eine Veränderung wird darauf hingewiesen, daß die unannehmlich geringen kulturellen und Lebensbedingungen in den Osmarkensulagen Sibirie Personen von der Annahme von Stellen in diesen Gebieten abbrechen. Das Krakauer Blatt erlaubt zu wissen, daß die Forderung der Beamtenverbände im Ministerium wohlwollend geprüft werde und daß bei Ermäßigung dieser Frage der Gehaltszulage sei; einen befriedigenden Grenzstreifen in den Osmarkensulagen zu bilden, in dem den dort tätigen Beamten eine Zulage zum Gehalt gewährt werden soll.

#### Verhaftung des Abwehrleiters.

Der Gehaltsleiter und erste Dolmetscher der polnischen Botschaft in Berlin, Kasimir Wajnski, ist am 5. Januar verhaftet worden. Wajnski war viele Jahre in der diplomatischen Vertretung des Polens in Berlin tätig. Er gehörte zu den Männern, die schon vor dem Kriege an der Seite Dillubskis standen. In Kongressen abgeben, mußte er wegen seiner Teilnahme an der Organisierung des Schulstreiks vor den russischen Behörden flüchten und nach Galizien überfliehen. Er habitierte in Krakau, war dort Führer der akademischen Unabhängigkeitsorganisation und rückte zu Beginn des Weltkrieges mit den Legionären ins Feld. 1915 wurde er zur politischen Arbeit abkommandiert. Nach der Errichtung des polnischen Staates war er einige Zeit Abstant

des Marshall'schen. 1920 wurde er dem diplomatischen Dienst zugeteilt; hier 1921 spielte er beim Abschluss des Rigaer Friedensvertrages eine wichtige Rolle. 1923 bis 1927 war er Vizepräsident in Moskau; im Oktober 1927 kam er nach Berlin.

### General Sikorski.

In den letzten Wochen ging das Gerücht durch die 'Presse, daß von den polnischen Regierungskreisen die Wiederinstellung des früheren Ministerpräsidenten und Kriegsministers Sikorski geplant sei. Sikorski gehört zum nationaldemokratischen Lager. Er wurde nach der Ermordung des ersten polnischen Staatspräsidenten (Pilsudski) im Dezember 1925 Ministerpräsident und vertrat die später wieder Sikorski als Kriegsminister. Selbige er im Amt war, war er bestrift, die Politisierung des Offizierskorps im Militärkrisen-Sinne zu verhindern. Nach dem Ausmarsch ging Sikorski nach Frankreich. Dort lebte er seit Jahren in engen Beziehungen zu militärischen und politischen Kreisen. Und er wurde, trotzdem seine Nahehaftigkeit mit 'Dillubski' allgemein bekannt ist, von den 'Pariser Kreisen' stets besonders liebenswürdig, mitunter fast wie ein inoffizieller Gesandter, behandelt, vermutlich weil man hoffte, in dem vom Marshall kaltgestellten General für den Fall, daß die Nationaldemokraten in 'Polen' wieder einmal aus 'Rude' kommen sollten, einen besonders einflussreichen Diener der französischen Politik zu besitzen. Sikorski hat häufig als fromm deutschfeindlicher 'Militärschriftsteller' in 'Polen' gearbeitet. Von der nationaldemokratischen 'Presse' in 'Polen' wurde seine Mitarbeit stets hoch geschätzt und auch die französische 'Presse' bemühte sich, ihn gelegentlich in den Vordergrund zu schieben. An einigen 'Pariser' Zeitungen hat er in letzter Zeit mehrfach für die Wiederbefestigung des französisch-polnischen Militärbündnisses Stimmung gemacht. An den polnischen Regierungsblättern, wie dem 'Kurier 'Poranny'', wurde die 'Praxis' mancher französischer Zeitungen, sich in Bezug auf die polnischen Verhältnisse bei den Nationaldemokraten und besonders bei Sikorski zu orientieren, wohl vermerkt. Der 'Kemp's' Briefsteller hat sich hierüber in Sikorski insofern als kritischer Einfluss in 'Polen' aufzuheben. Denn es sei falsch, die Kriegsergebnisse Sikorski auf ein Gebiet zu verpflanzen, wo er gar keine Verdienste besäße. 'Wenn man', so schreibt das polnische Blatt, 'in 'Polen' die politische Lage Frankreichs auf Grund von Aufstellungen beurteilen wollte, die von 'Personen' gemacht werden die im polnischen Leben Frankreichs keine Rolle mehr spielen, so könnte man zu ebenso unangenehmen Schlussfolgerungen kommen, wie sie dem 'Kemp's' einfielen.' Nach dieser Absicht, die ein der polnischen Regierung nahestehendes Blatt im General Sikorski bereitet, müssen die oben erwähnten Gerüchte über seine bevorstehende Rückkehr nach 'Polen' und seine Verbindung mit dem Marshall als wenig bearbeitet erscheinen. Von Sikorski wird binnen kurzem ein Buch unter dem Titel 'Der 'Kontaktskrija'' erscheinen. Eine deutsche Ausgabe dieses polnisch und französisch erscheinenden Buches soll in Vorbereitung sein.

### Ein Widrigkeits in Polen?

Der polnische Reichsbefehlshäger hat mit der Herausgabe eines neuen Bibliothekverzeichnisses, das die Städte Kreisverzeichnisse und Verzeichnisse einschließlich öffentlicher Bibliotheken einschließt. Im vergangenen Jahre haben die Selbstverwaltungen in 'Polen' ein Verzeichnis der Millionen Bücher in 'Polen' herausgegeben. Der Schulen Verzeichnis sollen nach in 'Polen' erschienenen Werke ausländischer Autoren beinhalten werden. Unausländische Ausgaben fremdsprachiger Werke beinhalten werden. Ausländische Genehmigungen der Schulverwaltungen. Damit wird vor allem die jüdischen 'Lesende' Ausgestaltung der Bibliotheken der deutschen Schulen auf schwerer gemacht.

### Memelabordnete verhaftet.

Am 4. Januar trat der Memellandtag zusammen nachdem die für den 29. Dezember anberaumte Sitzung auf Veranlassung des Vorantritts mit Polizeigewalt verhindert worden war. Es war noch unklar, weshalb man sich bemüht, die Revisionisten der litauischen Reichsverfassung nach diesem alles aufzuheben, um den Landtag wieder beschlussfähig zu machen. Die Sitzung wurde vom Gouverneur Dr. Rakocis eröffnet. Als ein Abgeordneter der Landtagsfraktion gegen den Einspruch erhob, daß die Abgeordneten durch Polizei am Betreten des Sitzungssaales verhindert wurden, sind der Gouverneur an der Spitze der Präsidialenolok Rat zu schlagen. Der Abgeordnete ließ sich durch den stehenden Schamelen nicht davon hindern schütten, daß die vier Abgeordneten nach dem Wohlgefallen das Recht haben, an die Stelle der anderen Landtagsmitglieder zu treten, denn nicht nur die Mitglieder der Memellandtag, sondern auch die Mitglieder der Reichsverfassung sind die Rakocis die Erklärung eines Abgeordneten der Volkspartei zu übermitteln. Der Alterspräsident des Landtages stellte fest, daß der Landtag beschlussfähig wäre, wenn die mit Gewalt von der Sitzung ferngehaltenen Abgeordneten zugelassen würden. Rakocis und Genossen griffen daraufhin zu einem Gewaltakt. Sie ließen den Sitzungssaal durch Kriminalpolizei räumen. Die Abgeordneten verhafteten sich daraufhin im Landtagsbüro. Die Sitzung wurde von Beamten der litauischen Staatspolizei unterbrochen. Diese forderten die Verhaftung aller vier Abgeordneten, die nach dem Geschehen an die Stelle der ausgetretenen Abgeordneten nachrückten, vom Gouverneur aber nicht anerkannt worden sind. Der Gefängnisleiter des Landtages Nichter wird

auf die Immunität der Abgeordneten hin. Er wurde verhaftet die litauische Polizei die Angehörigen der Rakocis, 'Damaschis', Schwelms und Matus. Diese unruhigen Sinnen spielten sich in Gegenwart zahlreicher ausländischer 'Presse' und konfularischer Vertreter ab. Der Gouverneur, der seine Unfähigkeit, die Abgeordneten für die Sache des litauischen Terrorregimes durch Deckungen und Gewalt zu gewinnen, eingesehen hat, hat die Session des Landtages geschlossen. Die Litauer scheinen damit jeden weiteren Zusammentritt der memelländischen Volksvertretung verhindern zu wollen.

### Urbildige Geschichte.

Am 2. August o. J. übte sich der Jude und polnische Referentoffizier Kucharski in dem 'prototyp', daß sich einige Deutsche 'Beschäftigungsfähigkeit' 'Walden', 'Bergingen', 'Materialien' verwalter 'Banduch' und 'Jugendzeit' Diekha, die von einer 'Werdigung' heimkehrten, in einer 'Wismarcksträßer' Straßenbahn in deutscher Sprache über ein private Dinge unterhielten. Der Jude fing an, die deutschen Subjekte als 'verfluchte germanische Schweine und Hitlererben' zu beschimpfen, und ging, als die Deutschen sich derartige Frechheiten des Judenstimmels verbot, in den hinteren Teil auf die deutschsprechenden Subjekte los. Bei der nächsten Haltestelle stieg er, da inzwischen die indische Freiheit über den polnischen Chauvinismus gelacht hatte, um Hilfe, und die Deutschen und deren Frauen wurden, als sie die Straßenbahn verlassen, von Kucharski in die Luft geschlagen. Er schlug sie mit einem zum Eisen zu Boden geschlagen. Der Jude Curmeim hat, was solche Leute in solchen Fällen immer tun: Er behauptete, daß er von den Deutschen überfallen und mißhandelt worden sei; er rief die Gerichte an und log mit ungläubiger Dreistigkeit eine ganze Flotte von Vergewaltigern, deren sich die von ihm angepöbelten und angefallenen deutschen Subjekte angeblich schuldig gemacht haben sollen. Die Deutschen sollen u. a. 'Heil Dir im Siegerkranz', das 'Hoff-Weißel-Vied' und das 'Deutschland' gelungen und 'Heil-Hitler-Zug' ausgeprochen haben. Am 2. Januar kam dieser kanakische Vorfall vor dem Kantonnier 'Zollgericht' zur Verhandlung. Und zwar wurde nicht die Klage der mißhandelten Deutschen, sondern die Klage des Juden Kucharski verhandelt. Die 'Zeugen', die Curmeim anbrachte, teils Juden, teils Polen, verwickelten sich in allerlei Widersprüche; einer von ihnen wurde vom Richter wegen 'Minderbetrachtung' mit sofortiger Verhaftung bedroht. Die Verhandlung konnte unter diesen Umständen nicht fortgesetzt werden. Sie wurde vertagt.

### Das 'Kistler' Heimatmuseum.

In Kistli wurde vor kurzem das Heimatmuseum eröffnet. Damit ist in der nordöstlichen Stadt 'Deutschlands' eine wertvolle kulturelle Einrichtung geschaffen worden. Vor einigen Jahren schon war ein Heimatmuseum primitiver Natur gegründet worden, das jedoch eine für den Polen gänzlich unberücksichtigte Sammlung von Ausstellungsstücken geblieben war und jetzt den Grundstock zu dem neuen Städtischen Heimatmuseum gebildet hat. In den Räumen der Stadtbibliothek stehen ihm acht Räume zur Verfügung. Durch Ausstellungen sind bei besonderen Anlässen, wie der Schenkenhof-Erinnerungsfeier und der Erinnerungsfest an die Wehrlose Kistli von der Außenherkunft, wurde das Interesse der Bevölkerung an dem Museum geweckt. Es gingen häufig neue wertvolle Stücke ein, die eine Sammlung haben entstehen lassen. Und zwar wurde nicht die Klage der mißhandelten Deutschen, sondern die Klage des Juden Kucharski verhandelt. Die 'Zeugen', die Curmeim anbrachte, teils Juden, teils Polen, verwickelten sich in allerlei Widersprüche; einer von ihnen wurde vom Richter wegen 'Minderbetrachtung' mit sofortiger Verhaftung bedroht. Die Verhandlung konnte unter diesen Umständen nicht fortgesetzt werden. Sie wurde vertagt.

Das Museum gliedert sich in drei Hauptabteilungen. In der ersten sind die Natur- und Erdgeschichte der Heimat vereinigt, mozu noch die Vorgeschichte bis zur kulturellen Völkerverteilung durch den Deutschen Ritterorden kommt. Die zweite Hauptabteilung ist dem Volkstum gewidmet. Sitten und Gebräuche, Trachten und das Bauernhaus werden hier veranschaulicht. Die Stadtgeschichte der Kistli und der engeren Umgebung der Stadt wird in der dritten Hauptabteilung dargestellt. Hier werden Dokumente über das Leben der Kistli in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht gezeigt, ferner Erinnerungsstücke an die geschichtliche Vergangenheit der Stadt, wie an die Schweden-, Russen- und Franzosenstadt werden gezeigt. Geplant ist eine Abteilung, die sich mit dem besonderen Charakter der Memelländerschaft befaßt. In ihr sollen durch Bilder die schönsten Teile der engeren Heimat festgehalten werden. Eine Anzahl Bilder des Heimatmalers 'Mutter' und von 'Traut' Kistli, die in einem 'Bauernhaus' des Museums ausgestellt sind, bilden den Grundstock für diese Abteilung, die später auch für die Fremdenverkehrsverwaltung ein wertvolles und einbildliches Archiv obliegen wird. Das 'Bauernhaus' ein bedeutende 'Personen' und ihre Umgebung soll in einer besonderen Abteilung nachgeahmt werden. In Erinnerungsfest an Hermann Sudermann wie 1. B. seiner eindrucksvollen 'Ehrenmaske', an Johanna Wolf, Max von Schenkenhof und K. E. Diebel ist auch hier bereits der Anfang gemacht.

### Entwicklungen im Breslauer Rathaus.

Die in 'Olland' Nr. 32 vom 28. Dezember 1934 gebrachte Notiz über Entwürfen im Breslauer Rathaus ist, wie offensichtlich nicht mitgeteilt worden ist, der 'Schlesischen Zeitung', Breslau, entnommen. Als Verfasser zeichnete dort 'Annamaria Scherbert'.

## Die Verelendung Ostoberschlesiens.

Auf den Wählerbüchern, die zur Donnerstagswahl im Barmalung gebären, und auf der Römegrube, die der Rühnkler Steinkohlengewerkschaft gehört, ist zum 31. März 1935 jämlich die Römegrube als Dienstverhältnis gekündigt worden. Was mit den Wählerbüchern geschehen soll, steht noch nicht fest. Die Römegrube soll stillgelegt werden. Ein entsprechender Antrag ist schon beim Demobilisationskommissar eingereicht worden. Wenn dieser Antrag genehmigt wird, und damit ist zu rechnen, werden mehrere 500 Arbeiter in einer Protestversammlung der gesamten Belegschaft der Römegrube gegen die geplanten Entlassungen Einspruch erhoben. In einer Eingabe an den Wojewoden wurde gefordert, die Stilllegung des Grubenbetriebes zu verhindern. Auch die Belegschaft der Dubenskogrube demonstrierte in einer Versammlung gegen die Entlassung bzm. Curusussverlaubung von 570 Bergleuten, die von der Rühnkler Steinkohlengewerkschaft auch auf dieser Grube beschäftigt ist.

\*

Zu einer aufsehenerregenden Gerichtsverhandlung, die auf die Praktiken der polnischen Finanzämter der deutschen Industrie gegenüber ein beziehendes Licht wirft, endete am 31. Dezember in Gchoron. Die Finanzbehörde hatte den Grafen Nikolaus von Ballstrem mit einer Strafe von 100 000 Zloten belegt. Graf Ballstrem hatte nämlich 1930 von dem Konzern der Triebenhäute vier Grubenhäute gepachtet. Eine solche Transaktion ist nach den geltenden Steuerordnungen innerhalb von 30 Tagen beim zuständigen Finanzamt zu melden. Die Finanzbehörde behauptete nun, Graf Ballstrem habe ihr überhaupt keine Meldung gemacht. Bei der Unteruchung stellte es sich jetzt aber heraus, daß die Mitteilung der Dachübernahme durch Einfuhrbescheid fast fälschlich und rechtzeitig erfolgt war. Der fragliche Brief befand sich bei derselben Behörde, die behauptet hatte, kein entsprechendes Schreiben erhalten zu haben. Das Gericht mußte daraufhin auf Freilassung erkennen. Was geschieht aber mit den Beamten, die in dieser unsittlichen Form die „Interessen des Staates“ gegenüber dem deutschen Industriellen, der als pünktlicher Steuerzahler bekannt ist, vertreten?

\*

Nachdem die Rattowitzer Untertagegemeinschaft am 1. Januar bereits einen großen Anzulaß von Beamten gekündigt hatte, ist auch 500 Arbeitern zum 15. Januar gekündigt worden. Es handelt sich um 500 Mann der Florentinegrube in Hohenlunde, die bei der Stilllegung des Stimmstichtes in Siemianow und der Grün-Taura-Grube in Gchoron von dieser Anlage übernommen worden waren. Am 8. Januar trat die 1500 Mann starke Belegschaft der Florentinegrube in einen 24stündigen Proteststreik, durch den sich die gesamte Arbeiterchaft des Betriebes mit den von der Entlassung bedrohten Arbeitskameraden solidarisch erklärte.

\*

Sür eine der größten ostoberschlesischen Industriegemeinden, Siemianow, ist das Jahr 1934 das schwerste Jahr gewesen, das dieser Ort bisher durchgemacht hat. Seit Jahren bereits liegt der größte Teil der Kurarbeit, des bedeutendsten Siemianower Industriebetriebes, still. Die noch in Betrieb befindlichen Abteilungen haben das ganze Jahr hindurch mit vielen Schwierigkeiten arbeiten müssen. Dasselbe gilt für die Ritterschächte, die die einzige noch in Betrieb befindliche Grube in Siemianow sind, und erst im Dezember noch 320 Arbeiter in Curusussverlaub geschickt haben. Die Kesselfabrik und die Schrauben- und die Riemenfabrik haben ihre Betriebe wegen dauernden Auftragsmangels erheblich einschränken müssen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Siemianow beträgt zur Zeit etwa 9500. Nicht mitgerechnet sind hier die Curusussverlauber, die nur in längeren Zeiträumen arbeiten, und die nichtregistrierten Arbeitslosen. Die beiden städtischen Arbeitslosenkassen werden täglich von 4600 Personen in Anspruch genommen. Die Einnahmen der Stadt gehen ständig zurück. Die Ausgaben dagegen können wegen der häufig steigenden Soziallasten nicht herabgesetzt werden. Siemianow zählt nur 39 000 Einwohner. Demnach ist, wenn man nur die registrierten Arbeitslosen rechnet, mindestens jeder zweite erwerbsfähige Einwohner von Siemianow arbeitslos. Das genügt, um das Elend zu ermessen, das in dieser Gemeinde herrscht.

\*

Die Schäden, die infolge mangelhaften Materials an einer Fördermaschine des Wojcikischschichtes in Königshütte kurz vor Weihnachten entstanden, werden eine mindestens vierwöchige Stilllegung der ganzen Förderung zur Folge haben. Das bedeutet, daß eine große Anzahl von Arbeitern für lange Zeit in ungenügender Urlaub geschickt werden mußten. Die politischen Leitungen haben in diesem Zusammenhange eine heftige

Schke gegen die französische Leitung der Skarboletem-Gesellschaft eröffnet. Vor allem ist es das Blatt des Wojewoden Grajanki, die „Poljka Zachodnia“, die die Gelegenheit dazu benutzte, die Schädlichkeit der französischen Industrielien in Ostoberschlesien an den Pranger zu stellen. Der Leiter der Maschinenabteilung, also der für die beschädigte Fördermaschine in erster Linie Verantwortliche sei der Franjoje Le Cam, im Zentralfabrik eines Autokennternnehmens in Paris und beteiligt an einer französischen Profilmagazinfabrik. Polnisch verlebte er nicht. Sein Vertreter und der ihm zunächst stehende Ingenieur dieser Abteilung seien gleichfalls Franjoje. An der Spitze der tschechischen Direktion der Gesellschaft ständen drei Franjoje. Der Generaldirektor Mielch, der gleichfalls Franjoje sei, sei im fünf Jahren, waidere er bereits seine Stellung inne habe, ungefähr ein halbes Jahr in Polen gewesen; er verzepte sein Gehalt hauptsächlich in Frankreich, habe sich auch in dem Augenblick, das ein Unglück mit der Maschine passierte, in Paris aufgehalten. Sein Amtsvorgänger habe vernünftigen einen polnischen Sekretär gehabt, Mielch aber habe sich eine junge Franjoje als Sekretärin angefaßt, die dafür das Gehalt eines Direktors bekomme. Ufm. Von polnischen Direktoren der Skarboletem wird von der „Poljka Zachodnia“ vorgeworfen, sie hätten es nicht verstanden, sich den genügenden Einfluß zu sichern. Das Schlimmste aber sei, daß man in dem Büro der Skarboletem-Gesellschaft jeder die deutsche Sprache hören könne. Was diesen „Vorzur“ anlangt, so ist es immerhin denkbar, daß der eine oder andere Franjoje besser die deutsche Sprache beherrschte als die polnische. Aber derartige Angelegenheiten gibt es bei der Skarboletem schon lange nicht mehr.

Die Ungleichheit hat infolge dessen keinen Vergleichsmassstab, als die „Poljka Zachodnia“, die heute gegen die Skarboletem Sturm läuft, noch vor wenigen Jahren nicht das geringste an diesem Unternehmen auszuweisen hatte und auch keinen Anstoß nahm, als die Fördermaschine des Wojcikischschichtes in Frankreich bestellt wurde, denn damals galt ihr das ostoberschlesische Hüttenunternehmen, das die Maschine hätte liefern können, noch als „hekatistisches“ deutsches Unternehmen. Überhaupt fand die gesamte polnische Öffentlichkeit nichts dagegen einzuwenden, als unmittelbar nach der Teilung Ostoberschlesiens die dem polnischen Staate zugeteilten Gruben aus der früheren preußischen Fiskus an die von französischem Kapital beherrschte Skarboletem-Gesellschaft übertragen wurden. Daran läßt sich die „Poljka Zachodnia“ sehr freilich nicht gerne erinnern. Es wird wohl nicht das letzte Mal sein, daß die Polen Grund haben werden, sich über die schädlichen Folgen ihrer unraunigen Ausdehnungspolitik in der ostoberschlesischen Industrie zu erregen.

\*

Im Sommer 1934 hatte der Arbeitgeberverband eine Herabsetzung der Angestelltengehälter um 15 v. H. gefordert, gegen den Widerstand der Betroffenen durch Entscheidung des Ministerrats die öffentliche Arbeiter aber nur eine Erhöhungsum um 8 v. H. durchsetzen konnten. Die damalige Regelung läuft am 31. Januar d. J. aus. Die Angestelltenverbände haben den Tarifvertrag gekündigt und die Aufhebung der Prozentigen Gehaltsenkung gefordert. Der Arbeitgeberverband aber hat behauptet, keine Kündigung erhalten zu haben; zugleich ist von ihm die weitere Senkung der Gehälter um 7 v. H. verlangt worden, so daß damit die im Sommer v. J. geforderte Gehaltsenkung erreicht werden würde. Verhandlungen schweben zur Zeit.

\*

Es ist in Polen schon keine Seltenheit mehr, daß sich die von Beschabbau oder Entlassung bedrohten Arbeiter weigern, ihre Arbeitsstätten zu verlassen und in die Hütten zu treten. Am 28. Januar d. J. trat die Belegschaft der Wojcikischschicht gegen Ende des vorigen Jahres zu diesem verweigernden Schritt, gegen ihre Entzerrung und Verelendung zu protestieren, gestritten. Über eine Woche hatten die Bergarbeiter unter Tage aus; sie lebten es leicht dann noch ab, ihren Arbeitsplatz zu verlassen und den Hungerstreik auszugeben, als ihnen das Wasser auf der obersten Sohle, wozu sie sich geschickt hatten, bereits bis zu den Hüften reichte, die aus Grubenwässern durchsetzte Luft sich immer mehr verbrauchte und die leichten Lampen erloschen. Vier von den 60 unter Tag streikenden Arbeitern, die ausliefen, um für einen völlig erschöpften Kameraden, der die Grube nicht verlassen wollte, eine Ertragshöhle zu holen, wurden von der Polizei nicht gelassen, sondern für zwei Wochen in die Hütten gesperrt und wieder einsperrten. Das Grubengetöse war noch weitly aufgesetzt. Der Demobner hatte sich, da sie für das Leben der Streikenden fürchteten, eine allgemeine Urtrube bemächtigt. Die Arbeiter waren in den Streik getreten, weil ihnen von der Grube die rückständigen Löhne nicht ausgezahlt worden waren. Am 5. Januar endlich führten die Verhandlungen zwischen der Grubenverwaltung und dem Starosten zum Ziele: Die Arbeiter erhielten die Zustimmung, daß ihnen die rückständigen Löhne ausgezahlt werden sollen. Darauf erklärten sie sich zum Streikabbruch bereit. Als sie den Schacht verließen, wurden sie von einer mehrtausendköpfigen Menge empfangen. Derittene Polizei forste dafür, daß es zu keinen weiteren Demonstrationen kam.

## Bevölkerungspolitik Estlands.

Die Maßnahmen in Deutschland auf dem Gebiete der Eugenik und der Kampf der baltischen Regierung um die biologische und rassische Gesundung des Volkes, beginnen auch im Auslande ähnliche Bewegungen anzufassen. So hat auch das estnische Volk erkannt, daß der städtisch-liberale Geist, der im Lande einen erfreulichen Umfang angenommen hat, eine ernste Gefahr für die völkische Kraft des Estentums geworden war.

Der Kongreß für die völkische Erziehung, der Anfang Januar in Reval stattfand, zeigte, daß man auch in Estland nicht gemillt ist, die Hände in den Schoß zu legen. Die Verteilung an diesem Kongreß war überaus reger, und die Eröffnungsrede wurde vom Staatsältesten Pats gehalten, der auf den Ernst der Lage hinwies. Es ist im allgemeinen nicht bekannt, daß Estland heute mit seinem geringen Geburtenüberschuß in Europa mit an letzter Stelle steht. Wie überall, so liegen die Geburtenziffern am niedrigsten in den Städten. Da aber der Zug nach der Stadt noch wie vor sehr groß ist, so werden immer weitere Kreise des Volkes von der Kinderlosigkeit erfaßt. In einigen Kreisen Estlands beginnen die Zwölferkinder sehr früh ihren Lebenslauf zu flücken, wie z. B. in den Kreisen Vorppe und Selin, die landwirtschaftlich gerade die fruchtbarsten Gegenden Estlands bilden. Diefem Rückgang des Estentums steht jedoch eine starke Vermehrung der russischen Bevölkerung im Grenzgebiete Pefschur gegenüber, und heute schon kann der aufmerksamere Beobachter ein fändiges Nachdrängen des russischen Volkstums in die estnischen Gebiete beobachten. Wenn von Seiten der Esten nicht bald energische Schritte unternommen werden, können sich hier in der Stille Veränderungen vollziehen, die auch politisch nicht ohne Folgen bleiben werden.

Die Entwürfer des neuen Landes wurden bisher so sehr von der liberalen und lässlich orientierten Führung nicht gesehen, Est als in Estland politisch der Liberalismus von einer autoritären Form abgelöst wurde, beginnt man sich auch mit diesen Problemen auseinanderzusetzen.

Der Verein für Eugenik und Genealogie ist nun mit ähnlichen Forderungen an die Öffentlichkeit getreten, die wir in Deutschland zum Teil schon durchgeführt haben. Er verlangt Bevorzugung erbgewandter und kinderreicher Familien auf allen in Frage kommenden Gebieten. Trotz des guten Willens aller beteiligten Kreise in Estland muß doch gesagt werden, daß die Erreichung des Zieles sehr schwer sein wird, da in Estland die gesellschaftlichen Grundhaltungen sehr verschieden sind. Die Lösung ist aber ganz natürlich zur Lösung dieser Fragen geführt. In Estland jedoch haben diese Erörterungen noch stark akamischen Charakter, und solange das ganze Land nicht von den Gedanken mitgeriffen wird, wird der Erfolg auf sich warten lassen. Wie wenig man sich in diese Fragen in Estland bisher vertieft hat, zeigt, daß man wieder das Gespenst einer deutschen Expansion nach dem Osten herbeißt, um die Esten von der Kinderlosigkeit abzuscheren. Solange man derartige abgedrohte Gefahren notwendig ist, um den Esten zum Kinderreichertum zu bewegen, wird der Erfolg trotz größter Aufmachung noch lange auf sich warten lassen.

Auf dem Kongreß wurde die Bekämpfung der Junggezeiten zugunsten der kinderreichen Familien gefordert. Ein Mann, der 30 Jahre alt und noch Junggezeite sei, sagte einer der

Kedner, sei ein Feind des Vaterlandes. Ein anderer stellte die Forderung auf, daß vor der Vereinarbeit alle Heiratskandidaten für einer kritischen Untersuchung unterziehen müssen. Um die Vererbung von Erbkrankheiten zu verhindern, müsse ein Sterilisationsgesetz eingeführt werden. Die Staats- und Selbstverwaltungsbehörden müßten bei der Anstellung den Erkränkter kinderreicher Familien den Vorzug geben. Die Kinderreichen müßten besser bezahlt und mit billigeren Wohnungen versehen werden. Bei der landwirtschaftlichen Siedlung seien die jungen erbgewandten Anwärter zu bevorzugen. Es müßte ihnen zur Pflicht gemacht werden, mindestens einen Kinder zu haben. Von einem Kedner wurde die Einschränkung der Zulassung im nächsten Jahr gefordert, da die Maßnahme bei der Arbeit einen erheblichen Fortschritt mit einem vermehrten Nachwuchs zu verbinden möglich sei. Estland sollte ein Kedner fest, weise noch ausgedehnte ungenutzte Landflächen, die der Kultivierung harren, auf; es sei in der Gage, mehr Menschen zu ernähren als in Dänemark — wenn es sie nur hätte (Estland hat über 1, Mill., Dänemark etwa 3,5 Mill. Einwohner). Welt wurde auf dem Kongreß über die bei der Bevölkerungsabnahme auftretenden Störungen geklagt: Auf 100 gesunde Einwohner kommt ein Geisteskranker. Es gebe Aris, die sich durch die Arbeit ernähren; und Frauen mit 6-7 Selbstvermählten. Die unehelichen Geburten hätten von 7 auf 10 v. H. aller Geburten zugenommen. Um melioren Haltung seien 25-30 v. H. der Sterbefälle durch Tuberkulose und 15 v. H. durch Krebs verursacht. U. i. f. Zum Schluß sprach — und das ist besonders bemerkenswert — ein Schulrat Juh über die Schulen und die Kulturautonomie der fremden Volksgruppen in Estland. Wenn wir — das ist der Sinn seiner Ausführungen gemeint — selber nicht genügend Kinder haben, dann müssen wir sie uns bei den anderen Völkern holen. Die deutsche, schwedische und russische Jugend Estlands müsse zum Estentum erzogen werden. Die Arbeitsplätze der Schulen, die Vorkörper und die Bekräfte müssen „revidiert“ werden. Das Schulfach der Minderheiten müsse festgesetzt werden, u. a. m.

Schließlich löst der Kongreß eine Resolution, in der verlangt wird, daß unverteidigte Personen aus den Staats- und Kommunalinstitutionen zu entlassen sind, wenn sie sich weigern zu heiraten. Ferner wird darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Universitätsverwaltung und der Professoren sei, darauf hinzuwirken, daß die Studenten „fremdnationale Gebräuche“ aufgeben und sich dem Alkoholismus bestreiten. Weiter wurde beschlossen, die estnische Minderheit in Lettland energischer zu unterstützen und einen härteren diplomatischen Schutz für dieselbe anzufordern. Als weitere Forderung wurde die Einführung des estnischen „Bürgerrechts“ und der estnischen Sprache an estnischen Schulen an allen fremdsprachigen Schulen gefordert. Um Gelegenheiten zum beherrschenden Geschehen sollten die Kinder sämtlicher Minderheiten, auch aus denen, in denen nur die Mutter Estin ist, zum estnischen Volkstum gelehrt werden. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung durch Gesetze die Volksvermehrung, Rauffengrundung und nationale Erziehung fördern solle. Dem Staatsältesten soll ein Gesetz eingereicht werden, in dem ein fändiges Institut für die Durcharbeitung der Fragen des Bevölkerungskongresses gefordert wird.

## Die Erbhöhe in Ostdeutschland.

In „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 24, 1934) ist auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebsabläufe von 1933 eine Übersicht über die landwirtschaftlichen Betriebe veröffentlicht worden, die nach dem Reichserbhöfengesetz voraussetzungslos als Erbhöfe in Frage kommen. Die Angaben sind nicht erschöpfend, da die Erbhöfeneigenschaft aus dem Leben vor Verkündung des Gesetzes gewonnenen Unterlagen nicht in allen Fällen mit Sicherheit erschließbar ist und im einzelnen von der Entscheidung der Erbhöfengerichte abhängt. Die wesentlichen Voraussetzungen der Erbhöfeneigenschaft sind, daß es sich bei dem „Hof“ um ein land- oder forstwirtschaftlich oder auch durch Wein-, Gemüse- oder Obstbau von Eigentümern selbst bewirtschaftetes Bestium handelt, daß er im Alleineigentum einer bauernfähigen Person steht, daß er mindestens eine selbständige Ackeranbauung darstellt und nicht größer als 125 ha ist. Eine feste Grenze nach unten ist im Gesetz für die Größe eines erbhöflichen Bestiums nicht festgelegt worden, vielmehr gilt als zulässige Mindestgröße ein Betriebsumfang, der notwendig ist, um eine Familie unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage zu ernähren und zu deckeln sowie dem Wirtschaftsbau des Erbhöfes zu erhalten. Aus diesen Angaben geht hervor, daß die Zahl der Erbhöfe auf einem bestimmten Gebiet um je größer sein wird, je geringer der Flächenanteil des Hofgrund- oder Kattlandbesitzes und je ertragreicher der Boden ist. An der von „Wirtschaft und Statistik“ gebrauchten Übersicht mußte, da eine Erbhöfeneigenschaft nicht vorliegt und die Schöpfung von Erbhöfen allenfalls noch im Gange ist, schematisch vorgegangen werden. Als voraussetzungslos Erbhöfe sind alle landwirtschaftlichen Betriebe von mindestens 7,5 und höchstens 125 ha eigener Fläche

angesehen worden, soweit sie auch im Hinblick auf die Person des Eigentümers den Bestimmungen des Reichserbhöfengesetzes genügen.

Dann kommen in ganzen Reich vorwiegend etwa 845 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Einzelflächen von 7,5 bis 125 ha eigener Fläche als Erbhöfe in Betracht. Die Gesamtzahl aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 0,5 ha Betriebsfläche beträgt im Reich etwa 3 Millionen. Von allen vorhandenen Betrieben werden also etwa 28 v. H. erbhöflich sein. Rund 2,2 Millionen Betriebe liegen unter der Erbhöfegröße und rund 27 000 Betriebe über der im Gesetz vorgesehenen Höchstgrenze. Die eigenen Flächen der hier als voraussetzungslos erbhöflich angenommenen Betriebe umfassen insgesamt etwa 17,2 Mill. ha; das sind 42 v. H. der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsflächen. Die voraussetzungslos 845 000 Erbhöfe verfügen außer ihrem Eigentum noch über 796 000 ha erpachtete oder unter fremdem Besitzmittel betriebene Flächen. So daß die gesamte bewirtschaftete Fläche der Erbhöfe (Eigen-, Pacht- und sonstiges Land zusammen) etwa 18 Mill. ha beträgt; das sind 44 v. H. der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtläche Deutschlands.

Was hier besonders interessiert, sind die Angaben aus „Wirtschaft und Statistik“ über die gebietsmäßige Verteilung der Erbhöfe und der zu ihnen gehörenden Flächen. Die Zahl der Erbhöfe je Flächeninhalt, also die „Dichte“ der Erbhöfe ist am größten in den erbhöflichen Ostprovinzen und im Ostpreußen. Dort kommen auf je 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche etwa 48 Erbhöfe. Das reiche nordbayrische Bauernland hat sogar 52 Erbhöfe je 1000 ha aufzuweisen, Südbayern und die Rheinpfalz 26. Auch in Württemberg



# Skipfade rund um den „Herzbrunnen Deutschlands“.

Einig schade, daß Victor von Scheffel noch nicht auf Schneefußwaben über die Höhen seines Pielingslandes gewandert ist! Sein „Preislied auf die Schönheit des frankonischen Frankenlandes: „Wohlauf, die Zeit geht früh und rein“, wäre dann wahrlich schön in der frühesten Auflageausgabe erschienen, doch auch „zur frühen Winterzeit in das Land der Franken“ zu lehren. Sie hätte das Lied noch rather nur Spitze zu Spitze weitergetragen, was sich bisher nur die wirklichen Kenner der deutschen Dichtung oder einige „Zünftige“ unter den Freunden der weißen Jahreszeit verraten: sie schon, wie weitentzündet einjam und doch wie so heimelig es im Winter im Frankenwald und im Nibelengebirge ist!

„Alte Chroniken nennen das Bergland um den Herzbrunnen unferes Vaterlandes, dem Main und Eger, Raab und Saale nach allen vier Richtungen der Winde frei entströmen, das deutsche Paradies.“ Allerdings, dies „Paradies“ ist nicht verschollen worden, im Gegenteil: Jenseits des dunkelromantische Nibelengebirge mit Europas größtem Seebühnen, der Culmburg, wie der liebliche, von vielen tiefen-gehauenen Tälern zerteilte Frankenwald, schließen sich dem Fremden immer weiter geöffnet auf. Dies gilt besonders auch für den Winter. Der hält hier in der Nordalbische Bayerns mit seiner glühenden Pracht gänzlich seinen kalendermäßigen Einzug und verohrt bis Ende Februar, im Nibelengebirge sogar bis in den März hinein.

Im Frankenwald, der die 800-Meter-Örre nicht übersteigt, verlocken die langgestreckten Höhenrücken den Skimandierer vor allem zu „Schneefußfahrten“ kreuz und quer „wom im Jahr unentdecktes Gebiet, das er in wenigen Tagen erkunden kann.“ Ob dies im „Wald von Steben oder Kronach“, nach Raiba, Bayreuth oder Kulmbach kommt, irgendeine werden ihn die weisen Aufmarschführer zum Ramm immer zum tannennäheften Döbra (176 m), dem höchsten Berg des Frankenwaldes, führen. Von hier umfist der Blick am weitesten die vortan Schneefußlinien, die Franken kennzeichnen, die plötzlichen Wäldungen der anderen leicht erreichbaren Berggipfel und die vielen in die weilaneniten Wälder gebetteten Orte. Vom klaren Winterbimmel heben sich im Osten die Höhenzüge des Spitzgebirges ab, zum Greifen noch stehen Ansbach, Ochsenkopf, Walsen und die anziehende Nibelengebirgsregion im Süden, der Thüringer Wald grenzt im Norden das Bild der weißen Bergwelt ab, und im Westen hebt sich wie eine einsame Insel der Berg des Heiligen Geistes von Staffelstein, mit Schloß Bamberg dahinter, aus der gesegneten Mainlandchaft heraus.

Am Fuß der Döbra liegt, fast 700 m hoch, Schwarzenbach a. W. (Entstehung der Bahnhöhe Hof-Raila-Schwarzenbach), der Hauptstützpunkt für Skimandierer über die Höhen und durch die schönsten Täler des Frankenwaldes. Bestes Übungsgelände und Abfahrten von 2-3 km Länge mochen den maulerlich über der Rodach gelegenen Ort zu einem pflanzenreichen Winterparadies. Von hier führen, immer in Höhen von 6-700 m, geschotterte Skimandierwege nach allen Richtungen: nach Norden durch den Schiemwald, vorbei an der „Großmutter“ und dem vom Sturm gefüllten „Großpater“, den härksten Geländeten des Frankenwaldes, über Geroldsgrün (610 m) nach Wob Steben (581 m) mit der größten Sprungschanze des Frankenwaldes, oder über Dürrenwald zum hochgelegenen Nordbach (588 m) an der alten Heerstraße Nürnberg-Weipzig, nach Westen über Schwarzenstein, Wallenfels zum Secker oder zur Radpöhl (619 m), dem Südpöhl der Secker. Von hier reist der Blick fast so weit wie vom Döbra, in man kann im Westen sogar die Bastei Burg und im Süden die Ruhestätte alte Höhenpöhlwerke, die Pfaffenburg, erkennen. Über die Markgrafschloß (610 m) fährt man bei gutem Schnee zum Jegergrund ab und mitten hinein in die Malschloß Kronach. Wer von Schwarzenbach a. W. nach Süden spuren will, kann eine köstliche Abfahrt über die Bischofsmühle, Pfaffen in Steinachtal machen oder in

mehr südöstlicher Richtung über den Döbra und das gleichnamige höchtgelegene Kirchdorf Frankens auf dem Höhenzug durch den Riegswald nach dem alten Weberort Helmbrichts (611 m) wandern.

Im nordwestlichen Teil des Frankenwaldes ist Steinach a. W. (an der Bahnhöhe Kreuzberg-Rronach) der günstige Standort für Skimandierer, die von hier weiter Sabiten in der Höhe des Jägerunmohenen Ronnefles machen können. Einlame Skipfade führen hinauf zum Wehstein (730 m), nach dem Migschloß im Quellgebiet und zur Burg Pausenstein, der ehemaligen fränkisch-thüringischen Grenzveste gegen die Slawen, oder über Langenau zum Alexanderbühl und Lettau (620 m). Gar mochen die beste Abfahrt zum Ohlschlaggrund oder ins Haselhoflort Dorf dorf, daß neben dem mehr genießerlich wundenen Langäußer auch die immer eilige „Skikanone“ auf ihre Kosten kommt.

Für diese wird fröhlich das Nibelengebirge noch noch größere Reize haben. Hier sind die Berge um 2-300 m höher, ihre Gänge steiler, die Abfahrten gehen geschnidener, und tiefer noch deckt der Schnee die Granitkuppen der waldreichen Gipfel, die das hübschenförmig nach Osten geöffnete Bergland krönen. Schon bei Markreuth, der „Drehhöhe“, die von hier nach die Eisenbahnlinie Nürnberg-Bayreuth-Prag und Berlin-München-Rom kreuzen, kann der Skiturist die Brettl schmalen und über Waiselbühl (550 m) eines der weißen Pilgerfade wählen, die von hier zum Doppelgipfel der Köffine (940 m) führen. Dort hängt, leitet auch der neue Skima, von Brand an der Bahnhöhe Neulorf-Nibelengebirge, der sich bis ins stillere Seebaugesbiet mit dem neuen Unterkunftsbaus in 952 m Höhe fortsetzt.

Vom Unterkunftsbaus auf der Köffine gibt es wunderbare Abfahrten über den Haberstein (850 m) zur Lufenburg oder über Rodententwald nach Waldershof, zum mo aus der Skimandierer zum Steinwald im Gebiet des Oberpöhlers Waldes herüberwachsen kann, oder über die Höhe Misch (814 m) und Nibelengebirge nach Warmenheinaich (6-700 m), der Endstation der Bahnhöhe Bayreuth-Warmenheinaich. Dieser schneefreie Höhenluftkurort, in dem alljährlich die fränkischen Skimeisterrfahrten ausgetragen werden, ist neben Bischofgrün (700 m), das hoch über weiten, freien Hängen etwas nördlicher liegt, der Hauptstützpunkt für viele schöne Brettlwanderungen im Gebiet des Ochsenkopfs und der Schönebergkette. Das Gelände mit seinem „Borenpfanncharakter“ ladet Anfänger und Geübte auf Wegen mit „allen Reizungenarten“ zu mutigen Anläufen und „Hängen“ abfahren ein. Höhenwanderungen von Gipfel zu Gipfel, von Ausblick zu Ausblick über die lange Schönebergkette der Bayerischen Ostmark, vom Döbra bis zum Würber im Bayernwald, erlebchen dem rechten Skituristen schon auf wenigen großen Sabiten das ganze romantische Grenzgebiet um Deutschlands Herzhorn, der hier oben quillt.

Vom Altenturm des Ochsenkopfs (1024 m) mit seinem schönen Unterkunftsbaus führen bequame Wanderungen zum Schönebergkette (1053 m), dem höchsten Punkt des Nibelengebirges, und dort zum Ruhardt (972 m), zum Seebaus, zum Haberstein (850 m), zum Rudolfsstein (865 m), zum mo aus über Weihenstadt der einsame Waldstein (880 m) im Skigebiet von Zell oder der stille Kornberg (827 m) bei Kirchheimlich leicht zu erreichen ist.

Das ausgeschiedene Reich der antarktischen Wege mochen den beschneiten Brettl nach noch anderen vornehmigen. Das sind eben dem Wald der weißen Fichten und der schneebedeckten Granitköpfe: jeder führt zu Kraft und Freude auf den Höhen des Winterglücks, jeder schenkt aber auch neue Einblicke in die Gebiete der großen deutschen Ostmark, die gerade hier in der Bergwelt der Bayerischen Ostmark dem Wintermandierer noch so viel verborgene Schönheit zu offen-

## Buchbesprechung

Schlesien, die Brücke zum Osten. Von Alfred Dudeiko. Edwin Ränge Verlag, 1934. 54 Seiten. — Es ist dies ein kleines, aber äußerst lebendig und instruktives geschriebenes Heft. Bei aller Knappheit der Darstellung sind die wesentlichen Gesichtspunkte, unter denen Schlesien in der Vergangenheit und Gegenwart politisch, ökonomisch und wirtschaftlich zu betrachten ist, klar und geläufig herausgearbeitet worden. Die Mittelstellung Schlesiens zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd wird von verschiedenen Seiten beleuchtet. Daß es ein kleineres und ein größeres Schlesien (einen Verwaltungsvertrag Schlesien und ein Schlesien als Siedlungsraum von Menschen [schlesischer Stammesart gibt]) und was das in der Vergangenheit bedeutete und in der Gegenwart heißt, das wird in recht anschaulicher und anregender Weise gelbildert. Eine größere Anzahl von Kartenkajnen unterstützen den Text in wirksamer Weise. Die Landschaftszeichnungen, die dem Text beigegeben sind, lassen dagegen nicht zu wünschen übrig. Ihren Zweck erfüllen sie nicht. Im ganzen ist die Prosodie, der ein Vorwort von Carl York von Wartenburg, dem Landesführer Schlesiens im Bund Deutscher Osten, vorausgeht, zu empfehlen. Dr. R.

## Personliches.

Geurtslage: Bürgermeister i. R. Max Jung aus Lautenbach, Weipzig, ist Schloß Sommerfeld (Niederlausitz), Altersheim, am 29. 12. 80 Jahre.

Goldene Hochzeit: Postfilistin i. R. August Vogt und Frau Mathilde in Gubrau, Bez. Breslau, am 27. 1.

Am 20. Dezember 1934 nahm Gott nach qualvollem Ende meinen lieben herzensguten Mann den Kantor und Lehrer i. R.

Hugo Weife

im 73. Lebensjahr zu sich in sein himmlisches Reich.

In tiefer Trauer  
Margarete Weife, geb. Reder.

Frankfurt a. O., den 3. Januar 1935.

Eißiger Straße 92, I. 1.  
(früher Samter, Posen).